



Kick it like Hessen - Studiengebühren abschaffen!

Für ein selbstbestimmtes Studium
und die Öffnung der Hochschulen!

Konferenz der Bundestagsfraktion DIE LINKE.
Deutscher Bundestag, 14. November 2008

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Der Bildungsgipfel – Außer Spesen nichts gewesen

Oskar Lafontaine

Die hochschulpolitische Agenda der Bundesregierung

Linke Kritik und Alternativen

Nele Hirsch

Inhaltliche Foren

A. Schöner Studieren? Der neoliberale

Umbau der Hochschulen zwischen leeren Kassen
und Bachelor/Master.

Bilanz des Bologna-Prozesses und linke
Perspektiven für ausfinanzierte Hochschulen

10

B. Studium als Schuldenfalle? Studiengebühren,
KfW-Kredite und mangelndes BAföG

11

C. Freie Wissenschaft? Perspektiven für
kritische Lehre und Forschung

12

3 D. Hochschulen im Krieg? Welche Rolle spielt
die Rüstungsforschung für die Auslandseinsätze
der Bundeswehr?

4 Ergebnisse der parlamentarischen Anfragen
der LINKEN und Perspektiven

14

5 E. Generation Prekär? Kampf für sichere und
selbstbestimmte Arbeits-
und Lebensperspektiven

15

**10 F. Geschlechtsspezifische Auswirkungen
der aktuellen Hochschulreformen
und feministische Perspektiven**

16

**G. Totale Sicherheit, Überwachung und
Rasterfahndung auch an Hochschulen?**

17

Podiumsdiskussion Strategien linker Hochschulpolitik

19

Bilanz: Kämpfen lohnt sich!

Ideen und Impulse aus der Konferenz

22

Anhang

23

Liste parlamentarischer Initiativen (Auswahl)
der Fraktion DIE LINKE in der 16. Wahlperiode des
Deutschen Bundestages zu den Themenbereichen
der Studierendenkonferenz

23

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22 75 1170, Fax: 030/22 75 6128
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P.: Ulrich Maurer, MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer
Verantwortlich: Arbeitskreis III
Redaktion: Steffi Geyer, Lucia Schnell
Texte: Nele Hirsch, Dirk Burczyk, Paul Grasse,
Steffi Geyer, Johanna Maiwald, Manuela Richter,
Lucia Schnell, Tobias Schulze
Fotos: Marion Heinrich, Frank Schwarz

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen
Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de**

Vorwort

Liebe Studierende, liebe Interessierte,

vor Euch liegt die Dokumentation der ersten bundesweiten Studierendenkonferenz der Fraktion DIE LINKE im Bundestag. Stattgefunden hat sie am 14. November 2008 mit rund 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus dem ganzen Bundesgebiet. Wir möchten uns auf diesem Weg bei den Teilnehmenden für die spannenden Debatten und die wertvollen Anregungen bedanken. Zugleich hoffen wir, dass auch Ihr neue Motivation und Ideen für Eure Aktivitäten an den Hochschulen aus Berlin mitnehmen konntet. Solch ein gegenseitiger Austausch war Ziel und Anliegen der Konferenz.

In den drei Jahren, in denen DIE LINKE als Oppositionskraft im Bundestag wirkt, ist für uns eines immer wieder deutlich geworden: Politische Veränderung hin zu einem Ausbau sozialer und demokratischer Rechte lässt sich nur dann erreichen, wenn im engen Bündnis mit außerparlamentarischen Kräften agiert wird. Mit der Studierendenkonferenz wollten wir deshalb ein entsprechendes Forum schaffen, um gemeinsam über die Hochschulpolitik der Bundesregierung und linke Alternativen zu diskutieren sowie unsere jeweiligen Vorhaben miteinander abzustimmen.

Aufgrund der durchgängigen positiven Resonanz auf die Studierendenkonferenz haben wir uns dazu entschlossen, diese zukünftig regelmäßig durchzuführen und zu einem festen Bestandteil unserer Fraktionsarbeit zu machen. Im kommenden Jahr planen wir zudem regionale Studierendenkonferenzen, um noch mehr Interessierten eine Teilnahme zu ermöglichen.

In dieser Dokumentation sind die zentralen Diskussionspunkte und Ideen aus allen Foren, sowie die Beiträge aus dem Einstiegs- und dem Abschlusspodium zusammengefasst. Eine der wichtigsten Ideen aus den gemeinsamen Debatten war die Orientierung auf einen bundesweiten Bildungstreik im Frühsommer des kommenden Jahres. Anknüpfend an den bundesweiten Schulstreik mit über 100.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern im November 2008 soll somit erneut ein Zeichen gegen Bildungsabbau und für mehr und bessere Bildung für alle gesetzt werden. Wir hoffen, Ihr seid mit dabei! Bei den regionalen Studierendenkonferenzen im kommenden Jahr werden wir Gelegenheit haben, die weiteren Planungen abzustimmen.

Auch darüber hinaus stehen wir Euch selbstverständlich jederzeit für Fragen und Anregungen zur Verfügung.

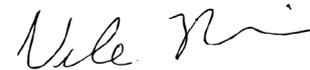
Wir wünschen Euch viel Erfolg beim Kampf für soziale und demokratische Hochschulen!

Solidarische Grüße,



Oskar Lafontaine, *MdB*

Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag



Nele Hirsch, *MdB*

Bildungspolitische Sprecherin

Der Bildungsgipfel der Kanzlerin– Außer Spesen nichts gewesen

Oskar Lafontaine

Im Folgenden ist die Begrüßungsrede von Oskar Lafontaine, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. im Bundestag in Ausschnitten dokumentiert:

„Herzlich Willkommen! Ich freue mich, dass so viele da sind. Es zeigt, dass das Thema Bildung viele beschäftigt.“

Ich will mit dem Titel beginnen, den die Bundeskanzlerin ihrer letzten Konferenz gegeben hat: „Bildung für alle“, angelehnt an „Wohlstand für alle“. Die Ergebnisse dieses Bildungsgipfels waren so, dass selbst die bürgerliche Presse geschrieben hat: „Außer Spesen nichts gewesen.“ Die Gründe sind im Finanziellen zu suchen. Neulich habe ich geträumt, die Bundesregierung hätte 500 Milliarden für Bildung bereitgestellt und hätte damit das Land total verändert. Doch als ich wach geworden bin, war mir klar: es war nicht für Bildung, sondern für Banken.

Solange die gegenwärtige Steuer- und Abgabenquote beibehalten wird, ist keine Bildungspolitik möglich, die wir wollen. Bildungsangebote sind ohne personelle und materielle Ausstattung nicht zu haben. Wir sind die einzige politische Kraft, die Finanzierungsvorstellungen hat. Das Minimum, das wir anstreben müssen, ist eine Steuer- und Abgabenquote in Deutschland wie der Europäische Durchschnitt. Dann hätten wir 100 Milliarden mehr Einnahmen pro Jahr. Die zweite Variante wäre die Abgabenquote der nordischen Staaten, die ja ein sehr gutes Bildungswesen haben. Dann hätten wir rund 350 Milliarden Mehreinnahmen pro Jahr. Hätten wir eine Börsenumsatzsteuer von einem Prozent und eine Vermögenssteuer wie die angelsächsischen Staaten hätten wir rund 120 bis 140 Milliarden mehr. Ich erwähne das nur, weil sonst der Vorwurf kommt, wir könnten unsere Vorschläge nicht finanzieren. Die jüngste Entscheidung über die Erbschaftssteuer ist wirklich empörend. In der Zeit der Finanzkrise hat die Regierung nichts anderes zu tun als Millionen- und Milliardenerven zu entlasten. Das kostet rund eine Milliarde im Jahr an Steuerausfällen. Trotz der internationalen Finanzkrise hat sich am Denken null geändert. Wenn man in einer Gesellschaft, in der das Vermögen immer weiter auseinanderklafft, nicht einmal auf dieses große Geld, Immobilien und die Betriebsvermögen zugreift, wo sollen denn dann die Ressourcen für Bildung für alle herkommen? Die entscheidende Frage „Bildung für alle“ wird überhaupt nicht angegangen. Der Zug bewegt sich leider noch in die andere Richtung.

Die Bildung stand immer am Anfang der politischen Bemühungen der Arbeiterbewegung. Die Arbeiterbewegung hat sehr früh erkannt, dass ohne eine entsprechende Bildung, die Hilfe zu einer solchen Emanzipation ist, die Ziele nicht erreichbar sind. Mündigkeit

setzt voraus, dass man das Rüstzeug hat, um aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit herauszukommen – wie es ein Philosoph formuliert hat. Deshalb hat die Bildung für uns einen ganz anderen Stellenwert, als für diejenigen, die im Neoliberalismus die Ziele vorgegeben haben. Ich will das an einem Beispiel konkretisieren: In allen Bundesländern hat man gesagt, wir müssen jetzt die Schulzeit verkürzen, damit die jungen, unverbrauchten Arbeitskräfte möglichst schnell dem Arbeitsmarkt zur Verfügung gestellt werden. Die ganze Denke auch im Bildungswesen ist auf die ökonomische Verwertbarkeit der Herangebildeten orientiert worden. Ein linker Politikansatz stellt nicht auf die möglichst rasche Verwertbarkeit der ausgebildeten Jugend ab, sondern auf die Entwicklung der Persönlichkeit und die freie Entfaltung. Das braucht Zeit und auch Bildungsangebote, die nicht ökonomisch verwertbar sind. Ein zentraler Ansatzpunkt linker Bildungspolitik in den Ländern ist deshalb, dass wir das Turboabitur, das G8 verwerfen. Wir haben kein Recht, den Kindern ihre Jugend zu rauben. Die neoliberale Idee, das Turboabitur sei die Rettung des deutschen Schulwesens, es würde den Standort Deutschland wettbewerbsfähig machen, lehnen wir ab.

Wir sind die politische Kraft, die die vorzeitige Auslese im Schulwesen beenden will. Das haben wir auch in Hessen in dem Koalitionsvertrag versucht, durchzusetzen. Das entscheidende ist aber nicht, ob die Partei A, B oder C regiert, sondern dass eine Umorientierung im Bildungswesen passiert.

Wichtig war in Hessen, dass Studiengebühren abgeschafft wurden. Das ist der Erfolg der Studentinnen und Studenten und nicht allein der Parteien. Die Lehre aus Hessen ist, dass die Politik, die wir wollen, nur durchsetzbar ist, wenn eine entsprechende gesellschaftliche Mobilisierung dahinter steht. Wenn die Gesamtgesellschaft sich zurücklehnt, kann die Politik nichts bewirken. Sie turnt dann praktisch ohne Netz.

In meiner Studienzeit erhoben sich die Studierenden und liefen rum mit dem Transparent „Unter den Talaren der Muff von Tausend Jahren“. Dieser Muff von Tausend Jahren – zumindest der von 30 Jahren Neoliberalismus – ist noch da unter allen möglichen Talaren, Hüten und anderen Kleidungsstücken. Deshalb freue ich mich, dass heute an den Hochschulen jetzt wieder so etwas wie ein SDS gegründet wurde. Und ich hoffe, dass er eine ähnliche Rolle spielen wird wie der SDS in der Aufbruchzeit von 1968. Um in der Gesellschaft ein Stück weiter zu kommen, bräuchten wir heute ein neues 1968!“

Die hochschulpolitische Agenda der Bundesregierung. Linke Kritik und Alternativen



Nele Hirsch, Bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Die Bundesregierung hat in den letzten Monaten das Thema Bildung für sich entdeckt. Und so geht die Kanzlerin auf Bildungsreise, lädt zum Bildungsgipfel ein und ruft die Bildungsrepublik Deutschland aus. Wer jedoch einen genaueren Blick auf ihr politisches Handeln wirft, wird schnell enttäuscht. Es finden sich beinahe keine politischen Schritte zur Umsetzung dieser vollmundigen Versprechen. Das gilt für das gesamte Bildungssystem und somit auch für die Hochschulbildung. Was die Bundesregierung in ihrer Legislatur in diesem Bereich auf den Weg gebracht hat und was eben auch nicht, soll im Folgenden skizziert werden.

Hochschulfinanzierung

Wie das gesamte Bildungssystem befinden sich auch die Hochschulen in einem Zustand chronischer Unterfinanzierung. Zwei Zahlen können verdeutlichen, wie sehr in diesem Land an der Bildung gespart wird. So müssten jährlich mindestens 18 Milliarden Euro mehr für Bildung zur Verfügung gestellt werden, um allein auf den EU-Durchschnitt der Bildungsausgaben zu kommen (vgl. OECD-Studie „Bildung auf einen Blick 2007“). Und um wieder auf den prozentualen Stand der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt von 1995 zu kommen, müssten jedes Jahr 12 Milliarden Euro mehr aufgebracht werden (vgl. Berechnung im „2. Nationalen Bildungsbericht“ der Bundesregierung).

Diese Unterfinanzierung ist nicht folgenlos: Erstens können die Hochschulen aufgrund dessen nicht allen Studieninteressierten mit Hochschulzugangsberechtigung einen Studienplatz zur Verfügung stellen. Fast drei Viertel aller Studieninteressierten müssen mittlerweile Auswahlverfahren durchlaufen, wo Ihnen faktisch ihre Studienberechtigung aberkannt wird.

Auch nach dem Bachelor ist der Zugang in den Master begrenzt. Das strukturelle Defizit der Personalkapazitäten wirkt sich auf die Lehre aus: Gute Lehre ist nicht in Sicht. Verantwortlich sind insbesondere die schlechten Betreuungsrelationen in zahlreichen Fächern. Aktuell betreut ein HochschullehrerIn 57 Studierende. Es fehlt sowohl an ProfessorInnenstellen als auch an Personal im akademischen Mittelbau. Für viele Studierende verlängert sich ihr Studium, da sie mehrere Semester auf eine Prüfungsanmeldung warten müssen oder am dringend benötigten letzten Seminar aufgrund von Überfüllung nicht teilnehmen dürfen. Darüber hinaus verfügen die Hochschulen häufig über eine schlechte Infrastruktur. Den gegenwärtigen Investitionsstau für bessere Hörsäle, Bibliotheken und weitere Einrichtungen, mehr Lehrende und den Ausbau der notwendigen Studienplätze bezifferte die nicht gerade als links bekannte Hochschulrektorenkonferenz auf rund 3 Milliarden Euro zusätzlich pro Jahr bis 2020.

Die Bundesregierung reagiert auf diese Probleme nicht. Ganz im Gegenteil: Ungerührt setzt sie ihre Umverteilungspolitik von unten nach oben fort. Deutlich wurde das beispielsweise als mit der Unternehmenssteuerreform, die zu Beginn des Jahres 2007 in Kraft trat, Verluste für die öffentlichen Kassen in Höhe von mindestens 16 Milliarden Euro in Kauf genommen wurden. Zugleich war aber für eine bedarfsdeckende BAföG-Erhöhung angeblich kein Geld da. Hinzu kommt nun die Neugestaltung der Erbschaftssteuer, mit der die öffentlichen Kassen noch weiter ausgeblutet werden.

Auch das Agieren der Bundesregierung angesichts der Finanzkrise hat gezeigt, dass Bildung eben doch nicht – wie behauptet – oberste Priorität genießt. Während im Bundestag in nicht einmal einer Woche ein Banken-Rettungspaket in Höhe von mehreren hundert Milliarden Euro durchgepeitscht werden konnte, war die Verständigung über mehr Geld für Bildung eine Woche später beim Bildungsgipfel sehr enttäuschend. Im Ergebnis einigten sich die Spitzen von Bund und Ländern lediglich auf die Einrichtung einer Arbeitsgruppe, die bis zum kommenden Jahr Vorschläge zur Erhöhung der Bildungsausgaben vorlegen soll. Auch in dem Konjunkturprogramm, das die Bundesregierung auf Drängen aus der Opposition nun doch noch (wenn auch in kaum nennenswertem Umfang) aufgelegt hat, um den Folgen der Finanzkrise entgegen zu wirken, ist nicht mal ein einziger Cent für die Bildung vorgesehen.

Das wenige Geld, das die Bundesregierung für Bildung zur Verfügung stellt, ist meist falsch verteilt, da sie auf Leuchtturmpolitik statt auf Qualität in der Breite setzt. Das beste Beispiel ist hier die Exzellenzinitiative. Mit diesem Programm werden für einige wenige Elite-Projekte jedes Jahr doppelt soviel Gelder bereitgestellt, wie im Rahmen des Hochschulpaktes für alle Hochschulen zusammen.

Für DIE LINKE ist „Mehr Geld für Bildung“ kein leeres Versprechen. Wir fordern eine soziale Steuer- und Finanzpolitik, die Reiche und Vermögende stärker belastet und auf diese Weise die Voraussetzung schafft, dass öffentliche Aufgaben wie Bildung besser finanziert werden können. Unter anderem haben wir konkrete Vorschläge zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer, zur Einführung einer Börsenumsatzsteuer und zur Erhebung einer umfassenden Erbschaftsteuer vorgelegt. Im Rahmen der Föderalismusreform II darf nicht über Schuldenstopp und Schuldenbremse diskutiert werden. Ziel sollte vielmehr sein, für eine zukunftsfähige Politik einzutreten. Hierzu gehört auch die Verständigung über einen Nationalen Bildungspakt, mit dem die Bildungsförderung zur Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern wird und der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt auf mindestens 7 Prozent festgelegt wird. Darüber hinaus wollen wir keine weiteren Runden der Exzellenzinitiative. Stattdessen muss ein gut ausgestatteter Hochschulpakt auf den Weg gebracht werden.

Bologna-Prozess

Kaum ein Prozess hat die Hochschullandschaft so sehr umgewirbelt wie der im Jahr 1999 mit einer Erklärung mehrerer Bildungsminister europäischer Länder gestartete Bologna-Prozess. Kritik verdient der Prozess sowohl was seine Ausrichtung auf der europäischen Ebene betrifft, als auch bei seiner Umsetzung in Deutschland. Auf europäischer Ebene wird der Prozess mehr und mehr von der neoliberalen Lissabon-Strategie der Europäischen Union vereinnahmt. Bildungspolitik wird hier als ein wichtiger Bestandteil betrachtet, um das Ziel zu erreichen, die Europäische Union zum „wettbewerbsfähigsten, wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ zu machen. Progressive Ziele wie soziale Gleichheit, Gerechtigkeit, selbstbestimmtes Lernen und Demokratie bleiben bei dieser Politik auf der Strecke. Gleiches gilt bei der Umsetzung in Deutschland. Insbesondere die Umstellung der Studiengänge auf Bachelor und Master geschieht im Schnellschritt ohne Beteiligung der Betroffenen und ohne Berücksichtigung sozialer Kriterien.

An den Hochschulen führt dies zur Unstudierbarkeit vieler Studiengänge, zur Zunahme von Stress, Krankheiten und psychischen Problemen bei Studierenden und zu neuen Selektionsmechanismen. Hier ist insbesondere die Begrenzung zum Master-Studium zu nennen, die nicht nur eine soziale sondern auch eine geschlechtsspezifische Hürde darstellt. So belegen die ersten Untersuchungen zum Übergang vom Bachelor in den Master eindeutig, dass Frauen im Verhältnis zu Männern nur weniger häufig an den Bachelor ein Masterstudium anschließen.

Die Bundesregierung betreibt beim Bologna-Prozess ein falsches Spiel: In Brüssel und Straßburg ist sie ganz vorne mit dabei, wenn es darum geht, am unsozialen Kurs der Europäischen Union festzuhalten und weitere neoliberale Reformen auf den Weg zu bringen.

In Berlin spricht sie dann vom „Sachzwang Europa“, dem sie sich leider zu beugen hätte. So wird der Bologna-Prozess viel zu oft zum Deckmantel, um die neoliberale Umgestaltung der Hochschulen fortzusetzen, was ohne den Verweis auf Europa auf deutlich mehr Widerstand gestoßen wäre. Als weitere Adresse kommt hinzu, dass es an eindeutigen AdressatInnen für die Kritik aus den Hochschulen fehlt: die Länder schieben die Verantwortung auf den Bund. Der verweist auf die Länder und alle gemeinsam zeigen auf die Europäische Union.

DIE LINKE fordert einen Neuanfang in der Europäischen Union. Mit einem sozialen und demokratischen Europa der Menschen hätte auch der Bologna-Prozess eine neue Grundlage. Bei der Umsetzung des Prozesses in Deutschland treten wir dafür ein, dass anstelle des weitgehend privatwirtschaftlich organisierten Akkreditierungssystems, ein demokratisches Qualitätssicherungssystem aufgebaut wird und auch ansonsten die Mitbestimmung aller, insbesondere der Studierenden, fest verankert wird. Zudem darf es bei der Umsetzung des Bologna-Prozesses keine weiteren sozialen Hürden geben. Wir fordern deshalb, dass jeder Bachelorabschluss zur Aufnahme eines Masterstudiums berechtigen muss.

Studienfinanzierung

Nachdem das Bundesverfassungsgericht im Januar 2005 geurteilt hat, dass der Bund nicht berechtigt ist, ein bundesweites Studiengebührenverbot festzusetzen, sondern die Bundesländer selbst über die Erhebung oder Nicht-Erhebung von Studiengebühren entscheiden können, haben sechs Bundesländer allgemeine Studiengebühren eingeführt. Nur in Hessen ist es seitdem gelungen, die Campusmaut wieder abzuschaffen. Neben der zunehmenden Gebührenbelastung geraten Studierende auch durch das mangelnde BAföG in Schwierigkeiten. Trotz der Erhöhung der BAföG-Sätze um rund zehn Prozent zum Wintersemester 2008/09 ist das BAföG nach wie vor weit davon entfernt, eine bedarfsdeckende Studienfinanzierung darzustellen. Nur ein Prozent der Studierenden kann sich allein durch das BAföG finanzieren. Alle anderen sind auf zusätzliche Einnahmequellen angewiesen.

Die Folgen sind, dass Studieninteressierte mehr und mehr vom Studium abgeschreckt werden. Diese Tatsache lässt sich auch nicht verschleiern, indem immer wieder von angeblich steigenden StudienanfängerInnenzahlen geredet wird. Entscheidend ist das Verhältnis zwischen Studienberechtigten und StudienanfängerInnen. Dies ist in den letzten Jahren immer weiter auseinander gegangen.

Wer sich trotz der fehlenden Studienfinanzierung zur Aufnahme eines Studiums entscheidet, muss damit rechnen, nach dem Studium vor einem Schuldenberg zu stehen. Viele Studierende versuchen das zu umgehen, indem sie neben dem Studium jobben. Durch immer enger gestrickte Studienordnungen und höhere Präsenzzeiten wird dies jedoch immer schwieriger.

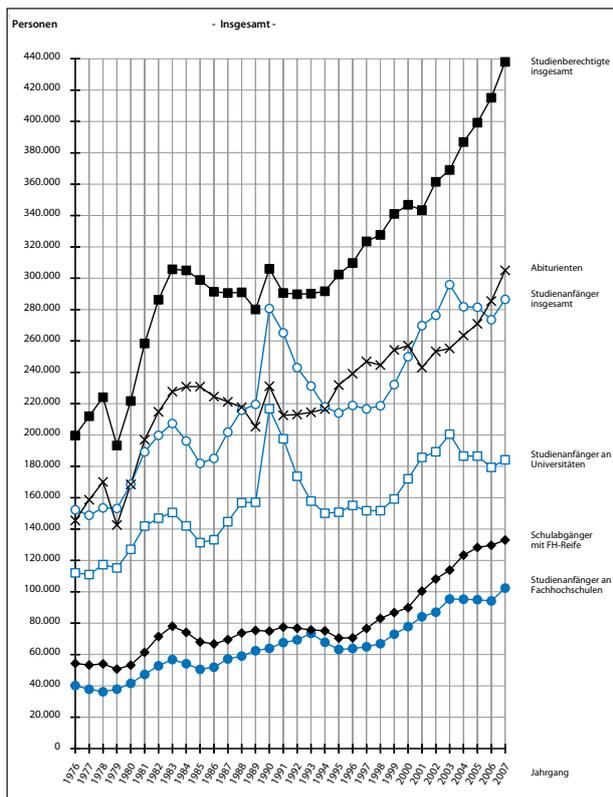


Abbildung 1 Studienberechtigte nach Art des Schulabschlusses und deutsche Studienanfänger nach Hochschulart zwischen 1976 und 2007
Quellen HIS-Studie Studienberechtigte

Die Bundesregierung hat zwar im Koalitionsvertrag festgehalten, dass „die Koalitionspartner in der Frage der Studiengebühren unterschiedliche Auffassungen haben“. Faktisch unterstützt die Regierung aber den Gebührenkurs der Länder. Das zeigt sich daran, dass Bundesbildungsministerin Annette Schavan nicht müde wird, immer wieder um die Einführung von Gebühren zu werben.

„Wäre ich nämlich zuständig, gäbe es sie überall.“
 Annette Schavan, Bundesbildungsministerin, in der Haushaltsdebatte am 27. November 2007

Zudem vergibt die Bundesregierung auch jede Chance zur bundesweiten Verankerung der Gebührenfreiheit. Denkbar wäre beispielsweise gewesen, im Zuge der Föderalismusreform I die Gebührenfreiheit der Bildung im Grundgesetz zu verankern oder die Zahlung von Bundesgeldern an die Länder im Rahmen des Hochschulpaktes, an die Gebührenfreiheit zu koppeln. Beide Vorschläge wurden im Bundestag von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

Was das BAföG betrifft, so kann die Bundesregierung hier ausnahmsweise nicht allein auf die Länder verweisen, sondern muss selbst aktiv werden. Das geschieht jedoch nur unzureichend. Anstatt offensiv das BAföG abzuschaffen, wie von Ministerin Schavan im Vorfeld der Bundestagswahl gefordert, höhlt sie es schleichend aus. Parallel baut sie private und selektive Finanzierungsangebote aus, wie die Zusage zu

den Studienkrediten der Kreditanstalt für Wiederaufbau, dem Ausbau der „Begabtenförderung“ und der Debatte über ein „nationales Stipendienprogramm“. Letzteres soll dem Prinzip folgen, dass jeder Euro, den die Privatwirtschaft zur Verfügung stellt, mit einem Euro aus den öffentlichen Kassen bezuschusst werden soll. Aus dem so entstandenen Fonds sollen Stipendien finanziert werden, die wiederum von den beteiligten Unternehmen vergeben werden. Auf diese Weise würde nicht nur der Rechtsanspruch auf Studienfinanzierung abgeschafft, sondern zugleich eine weitere massive Privatisierung der Studienfinanzierung vorangetrieben.

Ein weiterer Kritikpunkt an der Bundesregierung bei der Studienfinanzierung ist ihre gezielte Desinformationspolitik. Am deutlichsten wurde das im Vorfeld des Bildungsgipfels als eine vom Bildungsministerium selbst in Auftrag gegebene Studie zu Studiengebühren wochenlang geheim gehalten wurde. Es passte offensichtlich nicht ins Bild, dass die von Studiengebühren-GegnerInnen immer wieder vorgetragene Argumente, was die abschreckende Wirkung des Bezahlstudiums angeht, durch die Studie belegt werden.

DIE LINKE fordert die Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Weiterbildung. Wir lehnen Studiengebühren jeglicher Form ab. Die Gebührenfreiheit der Bildung muss ins Grundgesetz aufgenommen werden. Zugleich setzen wir uns für einen grundlegenden Ausbau des BAföG hin zu einer elternunabhängigen, repressionsfreien und bedarfsdeckenden Grundsicherung mit Vollzuschuss ein. Erste Schritte dahin wären, das BAföG an die geänderten Rahmenbedingungen der BA/MA-Studiengänge anzupassen, das BAföG schrittweise in einen Vollzuschuss umzuwandeln und die BAföG-Sätze an die steigenden Lebenshaltungskosten zu koppeln. Um mehr Menschen den Weg an die Hochschulen zu öffnen, muss in der Oberstufe zudem ein umfassendes SchülerInnen-BAföG eingeführt werden.

Geschlechtergerechtigkeit

Von Geschlechtergerechtigkeit sind die Hochschulen nach wie vor weit entfernt. Am deutlichsten zeigt sich dies an der geringen Zahl der Professorinnen: Ihr Anteil beträgt gerade einmal 16 Prozent. In absehbarer Zeit wird sich daran kaum etwas ändern. Durch die aktuellen Hochschulreformen werden Frauen allerdings deutlich stärker als Männer belastet. So beenden Frauen überproportional häufig ihr Studium bereits nach dem Bachelor und werden von Studiengebühren und mangelnder Studienfinanzierung stärker an einem Studium gehindert, als ihre männlichen Kollegen. Ein weiteres Problem ist die Tradierung und Zementierung traditioneller Geschlechterklischees durch die Wissenschaft.

Die Bundesregierung beschäftigt sich mit diesem Thema vorwiegend aus Verwertungsinteressen. Der Arbeitsmarkt kann aus ihrer Sicht auf gut ausgebildete Frauen nicht verzichten. Die Durchsetzung von

gleichen Rechten für Frauen und Männer ist demgegenüber nur nachrangig. Die auf den Weg gebrachten geschlechterpolitischen Maßnahmen sind darüber hinaus bei weitem nicht ausreichend. So legt die Bundesregierung zwar ein Förderprogramm für Professorinnen auf; auf dem Weg zu diesen Stellen unterstützt sie jedoch nicht. Ihre Politik führt stattdessen dazu, dass Karrierewege in der Wissenschaft zunehmend frauenunfreundlicher werden. Bestes Beispiel hierfür ist das Wissenschaftszeitvertragsgesetz, das an den Hochschulen eine „Hire and Fire“-Mentalität einführt. Frauen verzichten in der Konsequenz vielfach von vornherein auf eine wissenschaftliche Laufbahn. Was Geschlechter-Programme und -Lehrstühle betrifft, so ist mit der Abschaffung des Hochschulprogramms „Frauen in Wissenschaft und Lehre“ ein Rückschritt erfolgt. Die Bundesregierung hat damals viele bis dahin fest verankerte und institutionalisierte Geschlechterforschungsprojekte zum Abschluss freigegeben.

DIE LINKE ist der Auffassung, dass die Vereinbarkeit von Wissenschaft und Kind mehr beinhalten muss, als „eine Kita auf jedem Campus“ – wie es die Familienministerin fordert. Vereinbarkeit setzt zudem eine bessere Planbarkeit wissenschaftlicher Karrieren voraus – übrigens für Frauen und Männer. Hochschulen müssen wissenschaftliche Stellen verbindlich quotiert besetzen und Frauenprogramme und geschlechtsspezifische Wissenschaft besser und institutionalisiert fördern.

Hochschulzugang

Die Forderung der 1960er und 1970er Jahre „Arbeiterkinder an die Hochschulen“ hat bis heute nichts an ihrer Aktualität verloren. Nach wie vor kommen nur 13 Prozent der Studierenden aus bildungsfernen

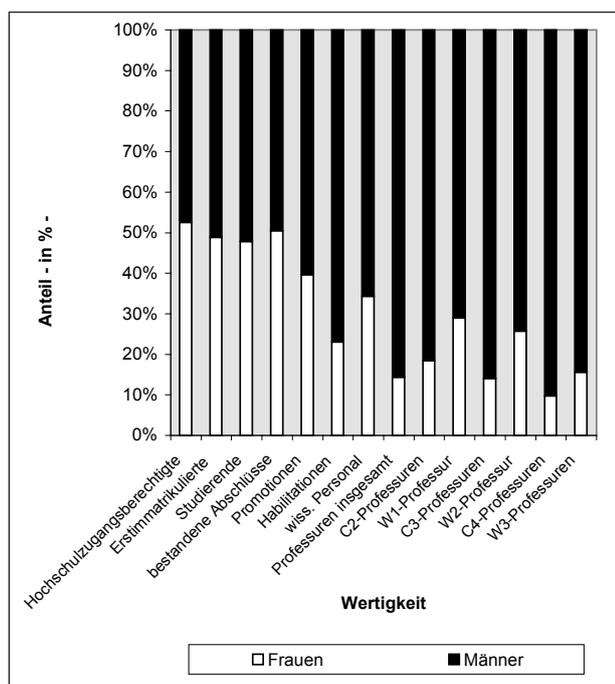


Abbildung 2 Frauenanteile in Bildung und Wissenschaft 2005 - Hochschulen insgesamt -
Quelle Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung

und finanzschwachen Schichten. Auch Menschen mit Migrationshintergrund oder Behinderung werden systematisch vom Hochschulstudium ausgegrenzt. Trotz eines deutlichen Anstiegs der Hochschulzugangsberechtigten verharrte die StudienanfängerInnenzahl in den letzten Jahren auf etwa gleichem Niveau und fehlt das Ziel, die Studierquote auf 40 Prozent eines Altersjahrganges anzuheben um ein Vielfaches.

Die Bundesregierung könnte den Hochschulzugang ausweiten, stattdessen vertraut sie auf die Bundesländer, obwohl sie selbst nach den Entscheidungen der Föderalismusreform I über zentrale Kompetenzen in diesem Bereich verfügt. Leider nimmt sie diese Verantwortung nur sehr unzureichend wahr. So bleibt etwa der von ihr aufgelegte Hochschulpakt weit hinter den Anforderungen zurück.

Um die Hochschulen für Arbeiterkinder zu öffnen, muss bereits zu Beginn der Bildungslaufbahn auf ein integrierendes Bildungssystem gesetzt werden. Eine zentrale Forderung für DIE LINKE ist die Gemeinschaftsschule, in der alle Kinder und Jugendlichen gemeinsam lernen und in denen ausreichend Raum für individuelle Förderung ist. Das jetzige gegliederte Schulsystem folgt dagegen dem Prinzip der sozialen Auslese: Wer aus einem bildungsfernen Haushalt kommt, wird systematisch auf untere Schulformen einsortiert und viel zu oft ganz fallen gelassen. Darüber hinaus muss mit einem SchülerInnen-BAföG dafür gesorgt werden, dass mehr Jugendliche aus einkommensschwachen Schichten das Abitur machen können und die Hochschulen müssen für Menschen mit Berufsabschluss geöffnet werden. Um Auswahlverfahren an den Hochschulen überflüssig zu machen, setzt sich DIE LINKE für einen Hochschulpakt ein, der diesen Namen verdient.

Demokratisierung

Demokratie ist an den heutigen Hochschulen zu einem Fremdwort geworden. In fast allen Hochschulgesetzen sind die akademischen Mitwirkungsrechte ausgehöhlt und auf die Hochschulleitungen übertragen worden; zudem wurden externe Hochschulräte eingerichtet, in denen überwiegend VertreterInnen der Privatwirtschaft den Kurs der Hochschule bestimmen. Die Verfasste Studierendenschaft ist immer noch nicht in allen Bundesländern verankert; vielfach ist sie Angriffen und Einschränkungen ausgesetzt. Diese Entwicklungen gingen einher mit Privatisierungen in der Hochschulbildung. Hierbei geht es nicht nur um den Aufbau privater Hochschulen mit öffentlichen Geldern, sondern auch um kleinere Schritte wie Sponsoring-Aktivitäten, die Einrichtung von Stiftungslehrstühlen oder Werbeverträge. Kritische Wissenschaft wurde im Zuge dieser Entwicklungen mehr und mehr aus den Vorlesungsverzeichnissen verdrängt.

Die Bundesregierung lässt zum Thema Demokratie kaum eine Diskussion zu. Aus ihrer Sicht muss darüber in den Ländern oder an jeder einzelnen Hochschule für sich entschieden werden. Im Rahmen der Debatte zur Abschaffung des Hochschulrahmengesetz-

zes hat sich aber klar gezeigt, dass sie den Weg der Wettbewerbssteuerung und der Konkurrenz auf allen Ebenen unterstützt und weiter vorantreiben will.

DIE LINKE wehrt sich gegen die zunehmende Privatisierung der Bildung. Für uns gehört Bildung in die öffentliche Hand und muss demokratisch gesteuert werden. Deshalb setzen wir uns für die bundesweite Verankerung der Verfassten Studierendenschaften mit politischem Mandat und für die Einführung der Viertelparität an Hochschulen ein. Nur auf diesem Weg wäre sichergestellt, dass alle Statusgruppen gleichberechtigt über die Hochschule entscheiden.

Darüber hinaus wollen wir neue Freiräume für kritische Wissenschaft erkämpfen. Schon immer hatten die Hochschulen die Funktion, das herrschende Gesellschaftssystem abzusichern, gut ausgebildete Arbeitskräfte auszubilden und Innovationen auf den Weg zu bringen. Zugleich haben sich die Hochschulen aber immer auch Freiräume für Kritik erstritten. Insbesondere die Reformen im Zuge der 68er Bewegung haben mit dazu beigetragen, dass an den Hochschulen auch kapitalismuskritische Wissenschaft einen Platz finden konnte. Diese bescheidenen Ansätze sind durch die neoliberalen Reformen der letzten Jahre inzwischen beinahe beseitigt. Der große Andrang zu den Kapitallesekursen des Studierendenverbandes DIE LINKE.SDS in diesem Semester zeigt, wie groß die dadurch geschaffene Leerstelle ist.

DIE LINKE setzt sich für mehr Freiräume für kritische Wissenschaft ein und lehnt das neoliberale Leitbild der „Employability“ (Beschäftigungsfähigkeit) als Ziel eines Studiums ab. Aus unserer Sicht muss wissenschaftliche Qualifikation nicht vorrangig dazu befähigen, sich in das bestehende System einzupassen, sondern vor allem dazu, dieses zu hinterfragen und Alternativen aufzeigen zu können.

Fazit

Nach rund 3 Jahren Opposition im Bundestag ist für DIE LINKE eines nach wie vor klar: Veränderung hin zu sozialen und demokratischen Hochschulen, hin zu einem solidarischen Lehren und Lernen und hin zu einer emanzipatorischen Wissenschaft können nur erreicht werden, wenn an den Hochschulen und aus den Hochschulen heraus hierfür Druck aufgebaut wird. Die Abschaffung der Studiengebühren in Hessen belegt, dass sich Kämpfen lohnt. Der bundesweite Schulstreik im November mit bundesweit über 100.000 Schülerinnen und Schülern auf der Straße macht deutlich, dass der Widerstand nicht versiegt, sondern mehr als lebendig ist!

Inhaltliche Foren

In den folgenden, inhaltlichen Foren führten Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE zunächst durch ein Statement in das jeweilige Thema ein. Anschließend stand ausführlich Zeit und Raum für Debatten zur Verfügung. Im Folgenden besteht die Möglichkeit, sich in Form von Berichten aus den Foren ein Bild über die inhaltliche Schwerpunktsetzung sowie die dort geführten Debatten und Anregungen zu verschaffen.



A. Schöner Studieren?

Der neoliberale Umbau der Hochschulen zwischen leeren Kassen und Bachelor/Master. Bilanz des Bolognaprozesses und linke Perspektiven für ausfinanzierte Hochschulen

ReferentInnen Ulla Lötzer, *MdB, Sprecherin für internationale Wirtschaftspolitik* und Prof. Dr. Herbert Schui, *MdB, wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE*

Moderation Lucia Schnell

McUni

Ulla Lötzer (MdB) zeigte auf, wie in der Konkurrenz am Weltmarkt Hochschulbildung zum Exportprodukt wird. Einige private Universitäten und Elitehochschulen werden mit staatlichen Geldern aus dem Boden gestampft, während die meisten öffentlichen Hochschulen kaputt gespart werden. Unternehmen bestimmen Forschungsinhalte durch ihre Drittmittelgelder oder über ihren Einfluss in den neugegründeten Hochschulräten. Die Hochschulklinik Charité forsche beispielsweise mehr über Kosmetik als über Krankheiten. Mitglieder von Hochschulräten seien nicht abwählbar, selbst dann nicht, wenn sie Hörsäle an die NPD vermieten – wie in NRW geschehen. Mit ihrer Steuerpolitik lasse die Bundesregierung bewusst den Unternehmen und Vermögenden ihren Reichtum. Stattdessen müsste der Staat Unternehmen und Vermögen stärker besteuern, um die Hochschulen auszubauen.

Prof. Dr. Herbert Schui (MdB) plädierte für das humboldtsche Bildungsideal – aber nicht als elitäres Konzept des 19. Jahrhunderts, sondern mit einer gleichzeitigen sozialen Ausweitung des Hochschulzugangs für mehr Studierende. Er geißelte den einseitigen, neoliberalen Mainstream in der Wissenschaft und die Verschulung der Hochschulen. Die WissenschaftlerInnen lehrten zwar die Beherrschung der Hochtechnologie, brächten ihren Studierenden aber nicht bei, selbst nachzudenken. Unter Applaus sagte er, die neuen Studiengänge Bachelor und Master müsse man – so wie sie derzeit eingeführt werden – „zum Teufel jagen“.

Bulimie-Lernen

In der Debatte berichteten Studierende von der Arbeitsbelastung und der Verschulung beim Bachelor. Man stopfte sich das Faktenwissen im „Bulimie-Lernen“ rein, nur um es bei den Klausuren wieder „auszukotzen“. Studierende berichteten von dem enormen Konkurrenzdruck, bessere Noten als die KommilitonInnen zu bekommen, um zu denen zu gehören, die den Master machen dürfen. Weder für wissenschaftliches Lernen, noch für studentische Interessenvertretung bleibe Zeit. Immer mehr Studierende müssten ihr Studium abbrechen, weil sie es nicht schaffen, neben dem Jobben für den Lebensunterhalt noch zu lernen. Schon vor der Einführung des Bachelor brach jeder und jede fünfte Studierende das Studium ab. Im Bachelor schmeißt statistisch jeder und jede Dritte das Handtuch – beispielsweise in den Ingenieurwissenschaften und im Maschinenbau. Studierende haben mehr statt weniger Schwierigkeiten, im Inland die Hochschule zu wechseln oder Zeit für Auslandsaufenthalte zu finden. Der Geldbeutel entscheidet immer noch über die Möglichkeit eines Auslandsaufenthaltes.

Bachelor – was nun?

Einige anwesende Studierende forderten einen Stopp des Bologna-Prozesses und eine vollkommen neue Studienreform entlang der Interessen der Studierenden. Andere fürchten, dass ein Stopp denjenigen schaden könnte, die mit einem Bachelorabschluss auf den Arbeitsmarkt kämen. Wieder andere betonten, dass bei ihnen schon alles umgestellt sei. Nun ginge es darum, für Verbesserungen in den existierenden Studiengängen- und Abschlüssen zu kämpfen.

Einig waren sich alle, nun dafür streiten zu wollen, unter welchen Bedingungen gelernt und welche Inhalte gelehrt werden – unabhängig davon, ob die Abschlüsse nun Diplom, Magister oder Bachelor und Master heißen. Jede und jeder Bachelorstudierende soll Zugang zum Masterstudium haben – ohne Ausleben. Studierende brauchen mehr BAföG und bessere Studienbedingungen. Lernen kostet Zeit, die erkämpft werden muss, ebenso wie die Zeit für politische Interessenvertretung. Studiengänge müssen durch kritische Inhalte erweitert werden. Ohne Demokratisierung der Hochschulen sei dies nicht möglich.

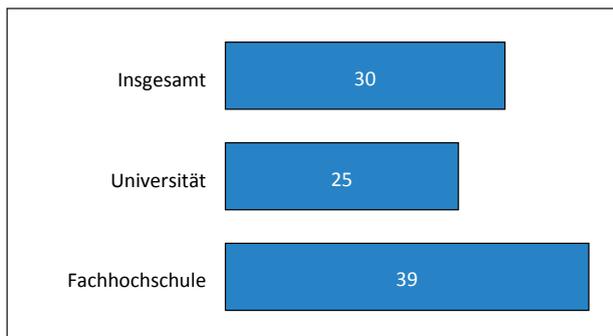


Abbildung 3 Studienabbruchquote in Bachelor-Studiengängen an Universitäten und Fachhochschulen Bezugsjahrgang Absolventen 2006, Angaben in %
Quelle HIS-Studienabbruchuntersuchung 2008

Studierendenproteste

Diskutiert wurde des Weiteren, wie unter den Stressbedingungen des Bachelorstudiums politische Aktivität der Studierenden möglich sei. Der Druck führe teilweise zur Anpassung, teilweise zur Politisierung. Gleichzeitig erzählten aber auch viele Studierende von ihren ermutigenden Erfahrungen in den Studierendenstreiks der letzten Jahre. In den Streiks werde der Konkurrenzdruck ausgehebelt. Ein Student berichtete, dass der Streik von 2006 in Hessen noch mehr Wucht hatte als der von 2003. Ein bayrischer Studierendenvertreter kritisierte die föderale Zersplitterung im deutschen Bildungssystem und forderte studentische Solidarität über Ländergrenzen hinweg. Studierende bräuchten eine bundesweite Anlaufstelle, statt vor 16 verschiedenen Kultusministerien zu protestieren, sagte er unter großem Beifall. Eine andere Studentin nahm die bundesweiten Schülerstreiks als Vorbild und als Hoffnungsschimmer. Denn die Schülerinnen und Schüler, die die Streiks organisiert hätten, seien ja die kommenden ErstsemesterInnen. Studierende und Schülerinnen und Schüler könnten durch ihre Streiks zwar nicht die Produktion lahmlegen, aber sie könnten jede Menge Druck entfalten, Öffentlichkeit schaffen und Solidarität erhalten.

B. Studium als Schuldenfalle? Studiengebühren, KfW-Kredite und mangelndes BAföG

Referentin Nele Hirsch, *MdB, Bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE*
Moderation Steffi Geyer

Nele Hirsch (MdB) stellte in diesem Forum dar, wie entscheidend die Finanzierung des Lebensunterhaltes während des Studiums und das Studium selbst, für die soziale Öffnung der Hochschulen ist. Denn wenn das Studium Geld kostet und/oder die Finanzierung des Lebensunterhaltes unsicher ist, stehen Studieninteressierte aus einkommensschwachen Schichten vor der Entscheidung, entweder ganz auf ein Studium zu verzichten oder sich für das Studium hoch zu verschulden. Die Politik der Großen Koalition führt deshalb aus ihrer Sicht gerade nicht zu einer sozialen Öffnung der Hochschulen.

Auf der einen Seite verfolgt die Große Koalition eine Politik der immer weiteren Aushöhlung des Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Auch die jetzt in Kraft getretene BAföG-Novelle kann die selbst geschaffenen Probleme bestenfalls lindern; nicht aber lösen, da bedarfsdeckende Sätze in weiter Ferne bleiben, der Anpassungsbedarf durch den Bologna-Prozess nicht angegangen wird und die Verschuldungsdeckelung nicht ausreicht. Als Alternative setzt die Große Koalition auf Studienkredite, „Begabtenförderung“ und den Aufbau eines privaten Stipendiensystems.

Auf der anderen Seite unterstützt die Bundesregierung indirekt den Gebührenkurs der Länder, da eine Positionierung zu Studiengebühren aus dem Koalitionsvertrag ausgeklammert und die Vorgabe des ratifizierten UN-Sozialpaktes („Das Studium ist Schritt für Schritt gebührenfrei zu machen“) ignoriert wird. Hinzu kommt eine gezielte Desinformationspolitik: So wurde die letzte Studie zu Studiengebühren im Ministerium wochenlang geheim gehalten und die empirischen Ergebnisse, als sie dann doch endlich veröffentlicht wurden, fragwürdig interpretiert.

Als Ziele der Fraktion DIE LINKE nannte Nele Hirsch, jegliche Studiengebühren bundesweit abzuschaffen und das BAföG grundlegend auszubauen.

In der Diskussion berichteten Studierende von ihren eigenen Erfahrungen im Kampf gegen Studiengebühren. Demnach sei es ein großes Problem, dass durch die zeitlich entzerrte Einführung der Studiengebühren es zu einer Zersplitterung der Proteste gekommen sei. Auch darüber hinaus gestalte sich die Mobilisierung an den Hochschulen oft schwierig. Vielen Studierenden würden die enger gestrickten Studienordnungen kaum noch politische Aktivitäten erlauben. Das Beispiel Hessen sei eine große Motivation für alle. Jetzt müsse aber dafür gestritten werden, dass es nicht zur Wiedereinführung der Campusmaut kommt.

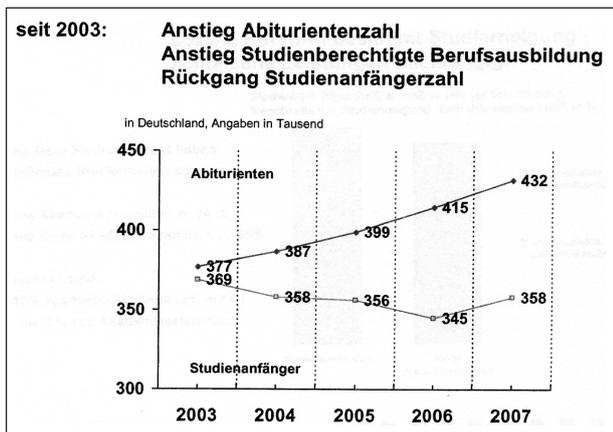


Abbildung 4

Quelle Deutsches Studentenwerk/Statistisches Bundesamt

Viele Studierende berichteten von ihren Erfahrungen auf juristischer Ebene, Studiengebühren zu bekämpfen. Immer wieder konnten hier einzelne Erfolge erzielt werden. Rund 6 Jahre nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts sei es zudem zu überlegen, die damals getroffenen Vorgaben juristisch überprüfen zu lassen.

Einzelne Studierende beschrieben die Probleme mit dem BAföG. Der Anpassungsbedarf der durch den Bologna-Prozess entstanden sei, müsse schnellstmöglich angegangen werden.

Um den Kampf gegen Bildungsabbau und für mehr und bessere Bildung für alle zu bündeln, sprachen sich viele für einen bundesweiten Bildungstreik im kommenden Frühsommer aus. Anknüpfend an die Proteste der Schülerinnen und Schüler im November sollte versucht werden, auf ein breites Bündnis mit Schülerinnen und Schülern, Studierenden, Auszubildenden und weiteren Betroffenen hinzuwirken.

C. Freie Wissenschaft? Perspektiven für kritische Lehre und Forschung

ReferentInnen Dr. Petra Sitte, *MdB, forschungspolitische Sprecherin* und Volker Schneider, *MdB, wissenschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE*
Moderation Tobias Schulze

Problemanalyse

In der Wissenschaftspolitik wird das Prinzip einer breiten Verankerung von Forschungsstärke an öffentlichen Hochschulen aufgegeben. Der Rückzug des Staates aus der Grundfinanzierung treibt die Trennung in gut ausgestattete Forschungsuniversitäten und Lehruniversitäten mit Minimalausstattung voran. Die Exzellenzinitiative, die zunehmende Drittmittelfinanzierung sowie steigende Finanzierungsanteile aus der Wirtschaft beheben nicht bestehende Probleme, sondern erzeugen eine neue Ungleichheit in der Hochschulforschung. Zugleich richten die steigenden privaten Finanzierungsanteile die Forschung immer stärker an kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen aus.

Die Beschäftigungsbedingungen in Hochschule und Forschung verschlechtern sich für die Mehrheit der Beschäftigten. Im Sinne internationaler Wettbewerbsfähigkeit sollen Spitzengehälter für wenige WissenschaftlerInnen mit hoher Reputation ermöglicht werden, während im Mittelbau schlecht bezahlte Lehraufträge und befristete Anstellungen ohne wissenschaftliche Mitspracherechte reguläre Stellen verdrängen (Stichworte: Personalstruktur sowie Wissenschaftszeitvertragsgesetz). Dies wirkt sich besonders nachteilig auf die Berufschancen von Frauen in der Wissenschaft und auf die Zahl der NachwuchswissenschaftlerInnen aus. Mit der Abhängigkeit des wissenschaftlichen Nachwuchses von den etablierten Lehrstuhlinhabern werden innovative Forschungsansätze nicht befördert.

Ziele und Prinzipien der LINKEN

In einer zunehmend wissensbasierten Gesellschaft durchdringen wissenschaftliche Erkenntnisse und Entwicklungen weite Lebensbereiche und greifen tief in zukünftige Entwicklungen ein. Forschung und Innovation können entscheidende Beiträge zur Lösung gesellschaftlicher Probleme wie soziale Ungleichheit, Klimawandel oder Ressourcenknappheit liefern, wenn die Forschungspolitik an diesen gesellschaftlichen Großthemen ausgerichtet wird.

Für DIE LINKE ist Forschungsfreiheit ein hohes Gut, das der Gesellschaft eine Reflexion ihrer selbst ermöglicht. Darum ringt DIE LINKE um eine dauerhafte Absicherung einer auskömmlichen Grundfinanzierung für Wissenschaftseinrichtungen und eine Stärkung der Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften.

Kurzfristige Ziele und Vorhaben

DIE LINKE setzt sich für ein Auslaufen der Exzellenzinitiative der Bundesregierung und der Länder ein. Stattdessen müssen die entsprechenden Mittel in einem Hochschulpakt II für die Verbesserung der grundständigen Lehre und zum Ausbau der Studien-

plätze verwendet werden. Der Hochschulpakt muss außerdem zur Verbesserung der Forschungsstrukturen dienen, indem die Programmpauschalen für DFG-geförderte Forschungsprojekte auf 30 – 40 Prozent erhöht werden. Kritische und innovative Wissenschaftsansätze sind durch entsprechende Programme auf Bundesebene zu fördern.

Die Beschäftigungs- und Karrierebedingungen für den wissenschaftlichen Mittelbau müssen auch im Sinne der Unabhängigkeit des Nachwuchses verbessert werden. DIE LINKE steht zum Konzept „Wissenschaft als Beruf“ auch neben der Professur, für sichere Karriereperspektiven von NachwuchswissenschaftlerInnen sowie für die Durchsetzung von Chancengleichheit und Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Insbesondere die verbindliche Einführung von Frauenquoten und Zielvereinbarungen kann die Unterrepräsentanz von Frauen in der Wissenschaft beseitigen. Das Wissenschaftssystem bedarf spezifischer Regelungen im Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes und im Tarifvertrag der Länder (TVöD/TVL) und einer wirksamen Mitbestimmung aller in Hochschule und Forschung Beschäftigten.

DIE LINKE setzt sich für spezielle Programme zu Erhaltung und Aufwuchs der ostdeutschen Hochschulforschung ein, insbesondere im Bereich der Grundlagenforschung. Während die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft im Osten umfänglich vom Bund gefördert wird, bricht jedoch die wissenschaftliche Grundsubstanz, das heißt die Forschungsbreite weg. In der Folge verlassen immer mehr WissenschaftlerInnen und Studierende die ostdeutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Das muss sich ändern.

Die Debatte im Workshop

Inputs: Dr. Petra Sitte (MdB) warf die Frage nach der Freiheit der Forschung im Status der Unterfinanzierung auf. Diese Unterfinanzierung könne als Steue-

rungsinstrument betrachtet werden, die Hochschulen dazu zwingt, ihre Forschung wirtschaftlichen Interessen zur Verfügung zu stellen (Modell „McKinsey versus Humboldt“). Volker Schneider (MdB) fragte, wie WissenschaftlerInnen in prekären und schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen und unter großer Abhängigkeit von Lehrstuhlinhabern überhaupt neue Gedanken entwickeln könnten.

In der Debatte wurden unter anderem folgende Fragen aufgeworfen:

Wie kann die Freiheit der Wissenschaft gleichzeitig auf den Nutzen für die Gesellschaft verpflichtet werden? Welche Rolle kommt dabei der Emanzipation des einzelnen zu? Wie können Geistes- und Sozialwissenschaften mit kritischen Fragestellungen gestärkt werden? Was nützt die Freiheit der Forschung, wenn die entsprechenden Stellen und Mittel fehlen? Wie pluralistisch sollte linke oder sozialistische Wissenschaftspolitik sein?

Welchen kritischen Gehalt haben Natur- und Technikwissenschaften? Wie können alternative Technologiepfade beschritten werden, anstatt Technologien nur zu verteufeln?

Wie haben sich die ehemals linken ProfessorInnen der 1968er Generation im Wissenschaftsbetrieb verändert? Warum haben sie sich geräuschlos und ohne sichtbare Effekte aus den Hochschulen verabschiedet?

Wie kann die Lobbypolitik von neoliberalen Institutionen wie dem Centrum für Hochschulentwicklung (CHE), der Initiative neue soziale Marktwirtschaft (INSM) u.ä. Organisationen zurück gedrängt werden?

Welche Formen der Selbstorganisation alternativer Wissenschaftsansätze sind möglich?



D. Hochschulen im Krieg? Welche Rolle spielt die Rüstungsforschung für die Auslandseinsätze der Bundeswehr? Ergebnisse der parlamentarischen Anfragen der LINKEN und Perspektiven

Referentin Inge Höger, *MdB, Mitglied im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages für die Fraktion DIE LINKE*

Moderation Paul Grasse

Inge Höger analysierte zu Beginn des Forums, wie breit Rüstungs- und Sicherheitsforschung mittlerweile an den Hochschulen betrieben wird. Die Anfragen der LINKEN brachten erstmals Licht in dieses Dunkel: Dutzende Hochschulen werden bundesweit vom Verteidigungsministerium für Projekte bezuschusst, die militärisch relevant sind. Projekte der Sicherheitsforschung, die oft unter Kooperation mit privaten Unternehmen geleistet werden, tauchten in den Antworten auf die Anfragen der LINKEN nur am Rande auf. Über sicherheitspolitisch relevante Projekte privater Träger an den Hochschulen wurde keine Auskunft gegeben, weil angeblich diese Forschung nicht erfasst werde.

Relativ neu ist der Trend in den Sozialwissenschaften, wo sich Projekte häufen, die mit realpolitischer Ausrichtung auf die Legitimierung, Durchführung und Durchsetzung westlich dominierter Interessen in Krisen und Kriegen fokussieren. Das geschieht, wie beim Sonderforschungsbereich 700 in Berlin, oft unter dem Titel „Governance“ oder „Failed States“, aber auch durch die Integration eindimensionaler militärhistorischer und -soziologischer Forschung an normalen, „zivilen“ Univer-

sitäten wie in Potsdam mit dem Studiengang „Military Studies“. Da die Forschungen und Aktivitäten dazu erst am Anfang stehen, ist das nur die Spitze des Eisbergs.

In ihrem Beitrag betonte Inge Höger die Relevanz dieser Forschungen für die aktuelle Kriegs- und Krisenpolitik der Bundesrepublik, vor allem in Afghanistan und für die sogenannte zivil-militärische Zusammenarbeit. In Medizin, Psychologie, Lebensmitteltechnik und Luft- und Raumfahrt werden zivile Forschungsergebnisse für den wehrtechnischen Bereich benutzt. Dies wird vom Verteidigungsministerium ausdrücklich unterstützt. Die Universitäten befinden sich in einer Zwickmühle: Bei immer knapperen Geldern und dem gleichzeitigen Zwang zur „Exzellenz“ wächst natürlich bei den Universitäten die Versuchung, die reichlich vorhandenen Forschungsgelder oder Drittmittel mit Forschungen einzuwerben, die kriegsrelevant sind. Studierende sehen sich in einem ähnlichen Dilemma.

Rüstungsforschung überall?

In der anschließenden Diskussion tauschten die Studierenden Erfahrungen mit Rüstungs-, Sicherheits- und Interventionsforschung an ihren Universitäten aus: An der FU wird neben den Governance-Forschungen des SFB 700 z. B. bei den Informatikern unter dem Titel „Künstliche Intelligenz“ an unbemannten Drohnen geforscht. Von der Humboldt-Universität kommt nicht nur Herfried Münkler, dessen Konzept der „Neuen Kriege“ in Regierungskreisen weitgehend Kriegseinsätze legitimiert. Es gab dort auch Seminare unter Titeln wie „Clausewitz´ Theorie des Krieges“ oder zum „Sozialbiologismus“. In Paderborn wird die Bundeswehr mit ihren



Abbildung 5 Studierende der FU protestieren gegen den kriegsrelevanten Sonderforschungsbereich 700
Quelle www.flickr.com/photos/kietzmann

Rekrutierungsbussen vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten an die Uni eingeladen. IslamwissenschaftlerInnen werden vermehrt mit Jobangeboten von Landeskriminalamt und Bundeskriminalamt konfrontiert. In Gladbach wurden im Fachbereich Design, Diplomarbeiten zum Marketingkonzept der Bundeswehr geschrieben. Unikliniken im Bundesgebiet behandeln verletzte Soldaten, sind also konkret mit in die Kriegsführung eingebunden. In Bonn wird derzeit für die Bundeswehr ein Übersetzungsprogramm von Deutsch auf Dari, eine afghanische Sprache, geschrieben.

Was tun gegen die Hochschulen im Krieg?

Die an den meisten Universitäten existierende Friedensklausel in den Hochschulstatuten wird nirgendwo eingehalten. Weil die Informationspolitik der Bundesregierung und der Hochschulen nicht gerade offen ist, müssen alle selbst nach Anhaltspunkten für die Verwicklung in die Kriegspolitik suchen. Die Studierenden waren sich einig, dass Handlungsbedarf besteht. Ein Vertreter des DIE LINKE.SDS stellte einen Rahmen für die Kampagne „Stell Dir vor, es ist Krieg und Deine Hochschule macht mit!“ vor. In einer ersten Phase sollte an den Universitäten intensiv recherchiert werden. Dabei helfen neben den Vorlesungsverzeichnissen auch Anfragen an die Hochschulleitung oder parlamentarische Anfragen in den Länderparlamenten. In einer zweiten Phase soll dann Öffentlichkeit für das Anliegen hergestellt werden.

Die Studierenden, Inge Höger und weitere Mitglieder der Linksfraktion sind sehr daran interessiert, sich dauerhaft zu vernetzen. Neben großem Interesse an dem bundesweiten Rüstungsatlas der Linksfraktion, der online zugänglich ist, herrschte Konsens darüber, zusammen eine Broschüre zum Thema Rüstungs- und Interventionsforschung an Universitäten und Hochschulen zu schreiben und an deren Verantwortung für den Frieden zu erinnern. Die Anwesenden waren sich einig in ihren Forderungen:

- Friedensforschung, statt Rüstungsforschung.
- Die Beendigung der Forschungs Kooperation von Hochschulen mit der Bundeswehr und dem Verteidigungsministerium.
- Die Etablierung und Einhaltung von „Friedensklauseln“ der Hochschulen.

E. Generation Prekär? Kampf für sichere und selbstbestimmte Arbeits- und Lebensperspektiven

Referent Dr. Axel Troost, *MdB, finanzpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE*

Moderation Manuela Richter

Dr. Axel Troost (MdB) zeigte auf, dass heute die Lebenssituation von Millionen Menschen prekär ist, weil sie entweder gar keinen Job haben oder in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen arbeiten. Durch die Politik der rot-grünen Regierung und der großen Koalition sind die Standards abhängiger Beschäftigung zunehmend unter Druck geraten. Eine wachsende Zahl von Arbeitsverhältnissen bietet heutzutage keine dauerhafte Beschäftigung, kein Existenz sicherndes Einkommen und keine ausreichende Absicherung durch die Einbeziehung in die sozialen Sicherungssysteme (Renten-, Kranken-, Pflege-, sowie Arbeitslosenversicherung).

Diese prekären Beschäftigungsverhältnisse, zu denen Minijobs, Leiharbeit, (unfreiwillige) Teilzeitarbeit und befristete Beschäftigungsverhältnisse zählen, haben in den letzten Jahren deutlich an Bedeutung zugenommen. Arbeiteten im Jahr 1997 17 Prozent der Beschäftigten in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen, waren es im Jahr 2007 bereits mehr als ein Viertel.

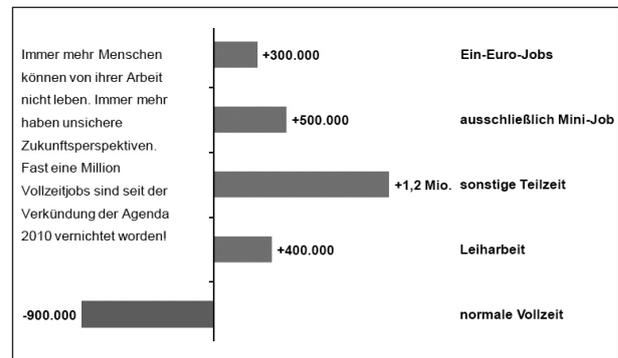


Abbildung 6

Quelle *ver.di Bundesvorstand, 2008*

6,5 Millionen Beschäftigte arbeiten zu Niedriglöhnen, davon verdienen fast 2 Millionen Menschen maximal 5 Euro brutto in der Stunde. 1,3 Millionen Menschen erhalten trotz Arbeit Hartz IV-Leistungen, weil ihr Lohn nicht zum Leben reicht.

Jung und prekär

Besonders betroffen von dieser Entwicklung sind junge Menschen. Nur einem Drittel von ihnen gelingt nach der Ausbildung der nahtlose Übergang in ein unbefristetes Vollzeitverhältnis. Im Vergleich zu älteren Beschäftigten sind sie trotz durchschnittlich höheren Bildungsabschlüssen und kürzeren Erwerbsbiographien deutlich öfter befristet, in Minijobs oder in Leiharbeit beschäftigt. Darüber hinaus prägen niedrige Einkommen die Situation von vielen BerufsanfängerInnen.

Generation Praktikum

Auch ein Studium ist heute kein Garant mehr für einen schnellen Einstieg in den Arbeitsmarkt. Fast 40 Prozent absolvieren deshalb nach Ende des Studiums noch ein Praktikum, 11 Prozent sogar zwei. Fast die Hälfte der Praktika wird nicht entlohnt. Werden Löhne gezahlt, sind diese meist zu niedrig, um davon leben zu können. Zwei Drittel der PraktikantInnen sind deshalb auf die Unterstützung ihrer Eltern angewiesen und 40 Prozent müssen einem Nebenerwerb nachgehen. Nur bei einem Drittel der Praktika steht das Lernen im Vordergrund, die durchschnittliche Dauer beträgt 6 Monate. Das zeigt: Praktika ersetzen in vielen Unternehmen reguläre Arbeitsplätze.

Gute Arbeit - Gutes Leben

Axel Troost stellte dieser Entwicklung, die Forderung der LINKEN nach guter Arbeit entgegen. Gute Arbeit ist sicher, anständig bezahlt und ausreichend sozial und arbeitsrechtlich abgesichert. Sie ist mitbestimmt und mit Familie, Freunden, gesellschaftlicher Betätigung oder Erholung vereinbar (siehe DIE LINKE: Manifest Gute Arbeit).

In der Diskussion verdeutlichten die Studierenden, dass die Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen ebenfalls immer prekärer werden. Die Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses ist mittlerweile durch massive Unsicherheit geprägt. Es herrschte Einigkeit darüber, dass Bildungs- und Arbeitspolitik gleichermaßen gefordert sind. Notwendig sind eine gesellschaftliche Diskussion darüber, was Wissenschaft leisten kann und leisten soll und die entsprechende bedarfsgerechte Ausstattung der Hochschulen - und zwar im Sinne guter Arbeit.

Ebenfalls diskutiert wurden verschiedene Grund sicherungsmodelle und die Frage, ob zu einem selbstbestimmten Lebensentwurf Arbeit dazu gehören muss. Übereinstimmung konnte darin erzielt werden, dass es einer Neudefinition von Arbeit bedarf. Ausgangspunkt darf nicht das Profitprinzip, sondern muss der gesellschaftliche Bedarf beispielsweise nach Bildung, Kultur oder Gesundheit sein. So können zum einen, brachliegende Aufgaben endlich angegangen und zum anderen erhöhte Selbstentfaltung ermöglicht werden.

Die Tatsache, dass von der zunehmenden Prekari sierung weite Teile der Beschäftigten betroffen sind, wurde als Perspektive für das Schließen von breiten, gesellschaftlichen Bündnisse interpretiert. Die Forde rung nach Einführung eines gesetzlichen Mindestloh nes ist in diesem Sinne eine gemeinsame Forderung, denn von einem gesetzlichen Mindestlohn profitieren arbeitende Studierende genauso wie Millionen andere zu Niedriglöhnen Beschäftigte.

F. Geschlechtsspezifische Auswirkungen der aktuellen Hochschulreformen und feministische Perspektiven

Referentin Dr. Kirsten Tackmann, *MdB, frauenpoli tische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE*

Moderation Johanna Maiwald

Erfahrungen von Frauen und Männern an Hochschu len in den Blick zu nehmen, erlaubt Probleme dieses gesellschaftlichen Bereiches zu erkennen, die sonst nicht greifbar sind. Auch wenn sie jeweils Frauen oder Männer stärker benachteiligen, treffen sie für viele andere auch zu. So zum Beispiel beim Zugang zum Studium. Eine aktuelle Studie zeigt, dass Studienge bühren Frauen häufiger als Männer von der Aufnahme eines Studiums abschrecken. Das hängt damit zusam men, dass Frauen in Deutschland auf gleichen Stellen durchschnittlich 20 Prozent weniger verdienen und durch Rückzahlung von Krediten stärker belastet sind. Gemischte Gefühle bei der Aussicht auf die Zeit nach einem teureren Studium verunsichern aber auch viele Studierwillige aus sozial schwächeren oder bildungs fernen Haushalten. Kirsten Tackmann betonte, dass Bildung aus linker Sicht auch der Armutsprävention dient. Wenn also Frauen zurückbleiben, so ist das ein Alarmzeichen. In der Diskussion im Workshop gingen die Studierenden davon aus, dass wenn 80 Prozent der Studienanfängerinnen und -anfänger in den Sozialwissenschaften Frauen sind, dies auch mit dem niedrigen Status des Faches hinsichtlich beruflicher Aussichten zusammenhängt.

Es hat zudem erhebliche Auswirkungen auf die heran wachsende Generation, wenn immerhin 37 Prozent ei nes Abiturjahrgangs - so viele fangen ein Studium an - unter ihren Hochschuldozenten zumeist nur männliche Rollenvorbilder kennen lernen. Das Spektrum von Forschenden und Lehrenden bildet nicht annähernd jene Gesellschaft ab, für die sie kreativ arbeiten. Seit Jahren finden sich zwar bei den Erstsemestern zur Hälfte Frauen. Bei den Professuren kommen aber nur 14-16 Prozent an - das ist unteres Niveau in Europa. Dabei fördern Vorgesetzte ihre Mitarbeiter und Stu dierende meist unbewusst nach sozialer Ähnlichkeit, zu der auch das Geschlecht gehört. Sie legen häufig andere Maßstäbe an die Betreuung des weiblichen und männlichen Nachwuchses an. Auch unabhängig vom Verbleib an der Hochschule erfahren Frauen so weniger gute Unterstützung darin, Chancen auf gute Positionen in Jobs zu ergreifen. Das mindert nicht nur individuelle Entfaltungsmöglichkeiten, sondern trägt auch zu dem wachsenden Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern bei. Geschlechterste reotypen werden so nur verstärkt. Kirsten Tackmann schlug eine geschlechtersensible Studienberatung vor, um Studierende besser auf persönliche Auswir kungen der Strukturen an den Hochschulen vorzubere iten.

Sie verwies darauf, dass Frauen vor allem aber gute Vertretungsstrukturen brauchen, um die Probleme zu beheben. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des

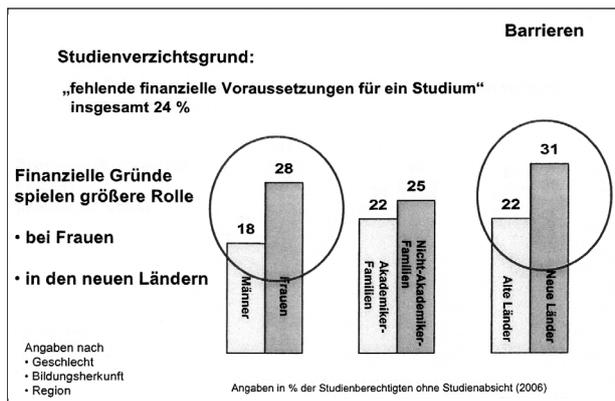


Abbildung 7

Quelle Deutsches Studentenwerk

Forums kamen häufig darauf zu sprechen, dass es daran in allen Bereichen der Hochschulen mangelt. Bereits in den Studierendenstrukturen gibt es in der Regel keine Quotierung, vor allem aber stehen Frauen nicht geschlossen hinter einer geschlechtersensiblen Interessenvertretung.

Vor- und Nachteile der Quote in Statusgruppen, Vertretungsstrukturen und Gutachtergremien wurde entsprechend auch im Forum lange diskutiert. Die Quote ist letztlich eine machtpolitische Antwort auf die soziale Konstruktion von Unterschieden in Fähigkeiten von Frauen und Männern. Machtpolitisch, da andere Ansätze bislang sehr häufig an machtpolitischer Gegenbewegung gescheitert sind! Mehrheitliche Zustimmung hat die Äußerung gefunden, dass die Quote nur eine Anfangsforderung für die Durchsetzung politischer Forderungen sei und sich selbst abschaffen sollte. Abgelehnt wurde das in der Fachöffentlichkeit zurzeit diskutierte Kaskadenmodell. Nach diesem Modell würde beispielsweise eine Frauenquote von 25 Prozent bei den Professuren angelegt, da es 25 Prozent Frauen unter den Habilitierenden gibt.

Die Geschlechterfrage an Bildung und Hochschulen zu stellen, heißt nicht zuletzt auch die Vereinbarkeit von Studium/Wissenschaft und Leben zum Thema zu machen. Frauen werden nicht nur herausselektiert, sie – und zunehmend auch Männer – verweigern sich auch. Die Ausweitung befristeter Beschäftigung schreckt durch unsichere Lebensplanung ab; die absolute Verfügbarkeitserwartung an den Hochschulen behindert die Vereinbarkeit mit Familie und Partnerschaft. Hier ist Umdenken gefragt – Wissenschaft als Beruf und Berufung darf nicht zur privaten Selbstaufgabe führen; das Studium muss auch vor diesem Hintergrund wieder Freiräume ermöglichen. Eine familiengerechte Hochschule – darauf wurde viel Wert in der Diskussion gelegt – muss, wenn sie die Geschlechterdiskriminierung überwinden soll, für Frauen und Männer ausgelobt werden.

G. Totale Sicherheit, Überwachung und Rasterfahndung auch an Hochschulen?

Referent Jan Korte, *MdB, Datenschutzbeauftragter der Fraktion DIE LINKE*

Moderation Dirk Burczyk

In seinem Eingangsstatement zeichnete Jan Korte zunächst ein Bild der aktuellen Lage in der Politik der „Inneren Sicherheit“. Diese ist von vier Tendenzen gekennzeichnet: Seit den 70er Jahren findet eine immer stärkere Technisierung der Überwachung und der Ermittlungs- bzw. Fahndungsmethoden der Polizei statt. In den 90er Jahren erfuhr dies durch die einfachere Verfügbarkeit von Computertechnologie und den verstärkten Anfall elektronischer Daten eine weitere Zuspitzung. Zweitens wird die Gefahrenabwehr – nicht nur bei der Terrorismusbekämpfung – weit ins Vorfeld jedes konkreten Tatverdachts verlegt. Stichworte hier sind die Vorratsdatenspeicherung, die biometrische Erfassung der Bevölkerung, Zugriff von Behörden auf Bankdaten und ähnlich sensible Daten. Drittens hat sich im Rahmen des „Kampfs gegen den internationalen Terrorismus“ die so genannte Sicherheitsarchitektur stark verändert. Die in Deutschland als Lehre aus der faschistischen Vergangenheit eingezogene Trennung von Polizeilicher Ermittlung und Geheimdienstlicher Beobachtung ist von den herrschenden Innenpolitikern zerschossen worden. In Einrichtungen wie dem „Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum“ arbeiten Geheimdienst und Polizei Hand in Hand. Die operative Zusammenarbeit hat eine in der Geschichte der BRD nie dagewesene Qualität. Viertens verwischen zunehmend die Grenzen von äußerer und innerer Sicherheit – einerseits soll die Bundeswehr im Innern eingesetzt werden können, andererseits werden Polizistinnen und Polizisten im Ausland zur Aufstandsbekämpfung, der Eindämmung illegaler Migration oder der Ausbildung von Polizeikräften auch in Folterregimes eingesetzt.

Diese Entwicklungen betreffen die Gesamtbevölkerung, auch wenn einzelne Gruppen davon stärker betroffen sind als andere. Zu nennen wären hier vor allem Menschen aus muslimisch geprägten Staaten, die sich einem verstärkten behördlichen Misstrauen und Kontrolldruck ausgesetzt sehen.

Hier gibt es einen ersten Anknüpfungspunkt für politische Aktivitäten an den Unis: denn es sind ja vor allem Studierende aus diesen muslimischen Staaten, die sich zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen einer „Sicherheitsbefragung“ unterziehen lassen müssen. Dabei wird abgefragt, welche militärischen Fertigkeiten sie haben, welche Kenntnisse von chemischen Kampfstoffen, was für Auslandsaufenthalte sie bislang hatten oder ob sie Personen aus terroristischen Gruppierungen kennen. Die dabei gewonnenen Daten werden an die Polizei und verschiedene Geheimdienste weitergegeben. An der Universität Münster hat sich eine Gruppe gegründet, die gegen diesen Pauschalverdacht gegen muslimische Studierende aktiv ist und eine Kampagne gestartet hat.

In der Diskussion wurden noch weitere Phänomene angesprochen, die das Ausgreifen der allgemeinen sicherheitspolitischen Entwicklung in den universitären Raum aufzeigen. So nimmt die Videoüberwachung an den Universitäten immer weiter zu, wobei zum Teil nicht einmal darauf hingewiesen wird, dass man nicht mehr ungefilmt die Uni-Mensa betreten kann. Auch die Etablierung von Chipkarten, auch mit RFID-Technologie, als eine Karte für alles – Studi-Ausweis, Bibliotheksausweis, Mensakarte usw. – ist eine Bedrohung der informationellen Selbstbestimmung von Studierenden. Denn niemand weiß, was mit diesen Daten letztlich geschieht. Zugleich ergibt sich für hochschulpolitisch Aktive ein Anknüpfungspunkt, um an ihrer Uni oder FH auf die zunehmende Technisierung und Überwachbarkeit des Alltags hinzuweisen und für die politische Forderung nach informationeller Selbstbestimmung zu mobilisieren.

Ein weiterer unispezifischer Aspekt in der Diskussion der Arbeitsgruppe war die Diffamierung von kritischer Wissenschaft, die sich am Fall Andrej Holm manifestiert hat. Holm war lange Zeit Objekt staatlicher Überwachung und schließlich monatelang in

Untersuchungshaft. Ihm wurde Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, der „militanten gruppe“, vorgeworfen. Der „Beweis“: In seinen politologischen Texten verwendete er Begriffe wie „Gentrification“, die auch in Bekennerschreiben der „militanten gruppe“ auftauchten. Und als Promovend, so die Ermittler, habe er Zugang zu Bibliotheken gehabt – und da gibt es schließlich viele Bücher, wo solche Wörter drinstehen. Kritische Wissenschaft wird so in die Nähe von Terrorismus gerückt.

Die rege Beteiligung an dieser Arbeitsgruppe und die außerparlamentarischen Aktivitäten der letzten Zeit mit der großen Demo gegen den Überwachungsstaat in Berlin stimmten alle hoffnungsfroh, dass das Thema Bürgerrechte und Demokratie in Zukunft wieder an Relevanz gewinnt und auch für DIE LINKE. durchaus ein zentrales Thema ist, um gesellschaftliche Stimmungen zu prägen.

Podiumsdiskussion Strategien linker Hochschulpolitik



TeilnehmerInnen der Podiumsdiskussion von links Anja Gadow, Nele Hirsch, Katharina Volk, Dr. Alex Demirovic

Der Politikwissenschaftler Dr. Alex Demirovic, Anja Gadow, vom Vorstand des studentischen Dachverbandes freier Zusammenschlusses von studentInnen-schaften und Katharina Volk, die Geschäftsführerin von DIE LINKE.SDS diskutierten zum Abschluss der Konferenz zu Strategien linker Hochschulpolitik. Amin Benaissa, von dem Bundesausschuss Studierende (BASS) der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und AstA-Vorsitzender der Frankfurter Uni 2006-07 musste leider kurzfristig absagen.

Bologna als Deckmantel

Anja Gadow berichtete, wie in Folge der Lissabonstrategie der Europäischen Union die absolute Verwertungslogik der Studiengänge Einzug gehalten habe. Studierende würden nach dieser Logik ausschließlich für den Beruf qualifiziert, kritisches Denken bleibe dabei auf der Strecke. Die Prüfungslast werde erhöht, überall gebe es Anwesenheitspflicht. Unter diesen Bedingungen sei studentische Mitbestimmung kaum noch möglich. So könne man nicht an den Gremien teilnehmen - wenn dies überhaupt zugelassen werde und studentische Mitbestimmung nicht nur als Feigenblatt diene.

Sie kritisierte, dass der Bologna-Prozess Türöffner für Studiengebühren war. Unter dem Deckmantel der Verbesserung der Qualität in der Lehre wurden sie eingeführt. Beispiele belegen die absurden Auswirkungen des Bezahlstudiums: Die Universität Konstanz kaufe davon Segelboote und in Hamburg werden Uni-

räume saniert. Das sei keine Verbesserung der Lehre. Gelder für Bildung müssten aus Steuern und nicht aus Gebühren kommen. Sie betonte, Studiengebühren müssten ein überparteiliches Thema werden. Proteste müssen regelmäßige Aktionen sein - nicht nur einmal im Jahr.

Die Qualitätssicherung der Studiengänge wird nur im Sinne umgesetzt, alles zu dokumentieren. Aber durch Dokumentation kämen nicht automatisch gute Studiengänge raus: „Wir als fzs finden dies erschreckend, weil man an den Hochschulen mit Menschen spielt, wenn man die Studiengänge schlecht gestaltet. Wir müssen die Verwertungslogik aus den Studiengängen raushalten, auf Inhalte drängen und für gute Studienbedingungen kämpfen - mit allen Mitteln und auf allen Wegen und allen Orten.“

Generation Prekär

Katharina Volk kritisierte, dass prekäre, unsichere Beschäftigung immer mehr zunehme. Studierende würden als PraktikantInnen ausgebeutet. Nach einer Studie des Deutschen Gewerkschaftsbundes absolvierten 37 Prozent der Studierenden nach dem Studium ein Praktikum - 23 Prozent der Männer und 44 Prozent der Frauen. Dabei gibt es geschlechtsspezifische Unterschiede: Männer machen in der Regel eins, Frauen mehr als eins. Praktika werden häufiger in den Gesellschafts- und Sozialwissenschaften als in den Wirtschafts- und Naturwissenschaften durchgeführt und sind dort auch eher unbezahlt. Der Lohn liegt

durchschnittlich bei 600 Euro. Den bekommen aber nur 28 Prozent der PraktikantInnen. Frauen verdienen in der Regel 543 Euro, Männer 741 Euro.

Sie betonte: „Viele Studierende sehen Praktika als Rettungsanker, um Praxiserfahrung zu sammeln und in das Berufsleben integriert zu werden. Diese Brückenfunktion erfüllten die Praktika aber gerade nicht. Nur 13 Prozent der Praktikantinnen und Praktikanten würden übernommen, davon nur 5 Prozent unbefristet. Dies ist die aktuelle Einstellungslogik, die sich befristete, flexible MitarbeiterInnen wünscht.“

Auch angehende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler befänden sich in einer unsicheren Situation. Stellen sind nicht nur an Professuren, sondern auch an Drittmittelprojekte gebunden. Lehraufträge würden häufig je Semester vergeben. Für eigene, kritische Gedanken bleibe wenig Zeit und Raum. Eine Lebensplanung werde unmöglich. Diese Unsicherheit wirkt sich besonders auf Frauen aus, bilanzierte Katharina Volk. Einerseits absolvieren mehr Frauen als Männer ein Studium, andererseits stellen sie aber nur einen Bruchteil der Professuren.

Undemokratischer Studienalltag

Alex Demirovic beklagte, die wenigen sozialen und demokratische Errungenschaften der 1960 und 1970er, wie die Öffnung der deutschen Hochschulen seien rückgängig gemacht worden. Die Studierendenvertretungen würden in ihren Rechten beschnitten und stranguliert. Studierende dürften bei Berufungen nicht wirklich mitbestimmen. Das systematische, dauernde „Nicht-mit-reden-dürfen“ führe zur Frustration bei den Studierendenvertretungen. Auch der Studienalltag sei in sich tief undemokratisch. ProfessorInnen betrachteten Studierende nicht als junge Kolleginnen und Kollegen. Er forderte stattdessen eine kooperative, solidarische Wissenschaft: „Die Hochschulen sollten eigentlich ein Raum der gemeinsamen Suche nach der wissenschaftlichen Wahrheit sein. Die Stärke eines Arguments darf nicht davon abhängen, ob es eine Studentin äußert oder ein Professor.“

Rattenrennen

An den Hochschulen herrschten neofeudale Arbeits- und Abhängigkeitsverhältnisse. Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler müssten Anträge und Aufsätze unter dem Namen der Professoren schreiben und würden permanent enteignet. Die von der ehemaligen Bundesbildungsministerin Bulmahn eingeführten Juniorprofessuren seien eine tatsächliche Verschlechterung der Situation. Im Zuge des Bologna-Prozesses sind Lehrbeauftragte gezwungen, das Wissen zu standardisieren. Sie müssten die Methoden des Nürnberger Trichters „Hirn auf, Wissen rein“ benutzen, ob sie wollten oder nicht.

Den Konkurrenzkampf der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler um Drittmittelanträge charakterisierte er als „Rattenrennen ohne Ende“. Nun wolle der

Frankfurter Unipräsident die Professorinnen und Professoren auch noch nach Drittmitteln „ranken“: Die 10 Prozent, die am wenigsten Drittmittel eingeworben haben, büßen Gehalt ein zugunsten der 10 Prozent, die am meisten eingeworben haben. Demirovic konstatierte: „HochschullehrerInnen verbringen den größten Teil der Zeit mit Finanzanträgen, bei VW betteln zu gehen oder bei der DFG. Die Leute sind nach zwei Jahren fix und fertig, weil sie kein einziges Buch mehr gelesen haben. Warum bekommen die keine öffentlichen Gelder? Sie sind doch schon Hochschullehrer. Weg mit den Drittmitteln!“

Alex Demirovic forderte mindestens 100.000 neue Professuren und Stellen an den Hochschulen. Die Studierendenzahlen haben sich seit 1975 vervielfacht. Gleichzeitig gibt es 1.500 Professuren weniger und die Studierendenzahlen werden sich ja noch massiv steigern.

Hochschulen als Orte der Neugierde

Katharina Volk stellte fest, dass es ein Fehler der Herrschenden sei, die kritische Wissenschaft zu marginalisieren. DIE LINKE.SDS wolle für kritische Wissenschaft an den Hochschulen streiten: „Die Form der Lehre, die uns geboten wird, reicht nicht aus für eigenes, kritisches Denken. Deshalb haben wir bundesweit Marx-Lesekreise organisiert. Insgesamt 1.900 Personen waren auf den Auftaktveranstaltungen. Es gibt ein großes Interesse, gerade im Zuge der Finanzkrise, Diskussionen über den Kapitalismus zu führen.“

Für Alex Demirovic bedeutet kritische Wissenschaft, die Hochschulen zu öffnen und ultrarealistisch zu sein gegen die „Traumwelt derer, die herrschen“. Denn Arbeiterinnen und Arbeiter wissen zwar viel, aber wissen häufig gar nicht, dass sie es wissen. Wenn sie ihre Erfahrungen an die Hochschulen bringen, erfahren sie Wissenschaft als Zensur. Er beobachte, dass Studierende ihr Denken von außerhalb beschnitten, statt es zu bearbeiten. Viele Mechanismen verhinderten, dass die Neugierde gemeinsam praktiziert und eigenständiges Denken gefördert werde. Es steckten aber enorme Produktivkräfte in den Hochschulen. „Wir müssen mit diesem gesellschaftlichen Anspruch an die Hochschule gehen. Sie müssen Orte der Neugierde sein. Es kann doch nicht sein, dass die Leute nach sechs Semestern dümmen aus den Hochschulen kommen als sie reinkommen,“ forderte Demirovic.

Kick it - like Hessen

Zu Beginn der Debatte griffen Studierende die Anmerkungen von Katharina Volk und Alex Demirovic auf und bestätigten, dass nach ihren Beobachtungen tatsächlich im Laufe des Studiums die Neugierde systematisch zerstört werde. In der Debatte spielte zudem das Thema Studiengebühren eine große Rolle. Ein Studierendenvertreter aus Essen berichtete, dass seit der Einführung von Studiengebühren, die Prostitution von Studentinnen statistisch zugenommen

habe. Eine alleinerziehende Studentin fragte in der Sozialberatung seines AStA, ob es eine Möglichkeit gäbe, ihr Studium anders zu finanzieren als durch Prostitution.

Auch die hessischen Studierenden brachten ihre Erfahrung in die Diskussion ein: „In Hessen haben wir mit einem Mindestmaß an Ideologie und einem Maximum an Offenheit die größtmögliche Breite der Bewegung und unser Ziel erreicht. Unser Vorbild war Frankreich. Wir haben geschaut wie es Studierenden, SchülerInnen und Arbeiterinnen und Arbeitern gelungen ist, das „CPE-Gesetz“ zu kippen. Dann haben wir Autobahnen und Bahnhöfe besetzt und breite gesellschaftlichen Bündnisse mit Eltern, Gewerkschaften und Schülerinnen und Schülern aufgebaut.“

Studierende hätten die Gebühren in den Zusammenhang mit Sozialabbau und allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungen gestellt und auch weitere Forderungen aufgegriffen. Mit gelben T-Shirts „Für Solidarität und freie Bildung“ seien sie auf Demonstrationen von Polizistinnen und Polizisten und anderen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gegangen, um solidarisch mit ihnen zu kämpfen. Vorläufer ihrer Bewegung seien nicht nur der 2003er Streik, sondern auch die 1968er gewesen, die wichtige Vorarbeit geleistet hätten. Nun gelte es in Hessen die Gebührenfreiheit unter dem Motto „We can do it again“ gegen mögliche Angriffe in der Zukunft zu verteidigen.

Studierende aus verschiedenen Bundesländern drängten darauf, Handlungsoptionen gegen Studiengebühren an ihre Hochschule mitzunehmen und konkrete Verabredungen für länderübergreifende Proteste zu treffen. Vertreterinnen und Vertreter von DIE LINKE. SDS schlugen vor, sich als Studierende den nächsten bundesweiten Bildungsstreiks der Schülerinnen und Schüler im Jahr 2009 anzuschließen und auch Auszubildende einzubeziehen. So können alle Betroffene bundesweit gemeinsam an einem Tag in ihren jeweiligen Städten gegen die allgemeine Bildungsmisere und die spezifischen Landesprobleme auf die Straße gehen. Dieser Vorschlag wurde von den anwesenden Studierenden und Studierendenvertretungen sehr positiv aufgegriffen.

Aus Sachsen wurde von den Protesten gegen das neue Sächsische Hochschulgesetz berichtet, bei denen neben Studierenden und Lehrenden auch Schülerinnen und Schüler auf die Straße gingen. Die Proteste zeigten, dass ein Bündnis von Studierenden und Schülerinnen und Schülern funktionieren könne. Dies sei besonders wichtig, da die Schülerinnen und Schüler ja die Studierenden von morgen seien.

Krise

Gegenstand der Diskussion waren auch die Folgen der Finanzkrise. Studierende befürchteten, dass bisher nur die Spitze des Eisberges der Krise erkennbar sei. Jede und jeder verstehe, dass das 500 Milliardenpaket an den eigenen Geldbeutel geht. In der tiefsten Krise der Weltwirtschaft seit 1929 sei es eine wichtige Aufgabe, fundamentale Kapitalismuskritik an die Hochschulen zu bringen. Perspektivisch reiche es nicht aus, das Bildungsideal von Humboldt oder den Status von vor 30 Jahren zurückzufordern. In den Zeiten der Krise dürfe man sein Denken nicht beschränken, sondern müsse „aufs Ganze gehen“.

Alex Demirovic sagte zum Abschluss, beim neoliberalen Gesamtumbau des Bildungssystems werde darauf abgezielt, dass Menschen mit 22 Jahren dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, damit sie 45 Jahre arbeiten könnten, um anschließend ihre Rente zu erhalten. Studiengebühren seien ein wichtiger Baustein in diesem Umbau, aber nicht alles. In der Finanzkrise werde viel menschliche Arbeit vernichtet. Dieses Geld müsse gebunden werden: Es sei fundamental wichtig, dieses Geld in die Bildung zu stecken.

Anja Gadow forderte ein Bündnis mit Schülerinnen und Schülern und mit Auszubildenden für mehr Geld, für Bildung aus Steuern und nicht aus Gebühren. Aber auch mit der Abschaffung von Studiengebühren könnten sich viele kein Studium leisten. Konsens sei deshalb unter allen Studierendengruppen, außer dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten, dass eine elternunabhängige und altersunabhängige Studienfinanzierung notwendig sei.

Katharina Volk betonte, es reiche nicht aus, Marx zu lesen. Wir brauchen eine Verbindung von Theorie und Praxis, deshalb unterstütze sie die Idee eines gemeinsamen Bildungsstreikes von Schülerinnen und Schülern mit Studierenden und Auszubildenden.

Bilanz- Kämpfen lohnt sich!

Ideen und Impulse aus der Konferenz

Die vielfältigen Diskussionen und die Breite der bei der Konferenz angesprochenen Themen machen es unmöglich, eine vollständige Bilanz der von der Veranstaltung ausgehenden Ideen und Impulse aufzuschreiben. Im Folgenden haben wir eine Auswahl der zentralen Vorschläge, Vorhaben und Planungen zusammengestellt, die uns für unsere weitere Arbeit zentral erscheinen:

Juristisches Gutachten gegen Studiengebühren: Neben dem weiterhin wichtigsten Kampf gegen die Gebühren auf der Straße und an den Hochschulen stellt sich auch die Herausforderung der juristischen Bekämpfung der Campusmaut. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts scheiterte der Versuch, Studiengebühren bundesweit durch das Hochschulrahmengesetz zu verbieten. Die Richterinnen und Richter formulierten unter anderem als Begründung, zum damaligen Zeitpunkt die tatsächlichen Auswirkungen von Studiengebühren noch nicht abschätzen zu können. Das gelte insbesondere für die Forderung nach sozial gleichen Bedingungen in allen Bundesländern, sowie für die Frage der Studierendenbewegungen zwischen Gebühren und Nicht-Gebührenländern. Dies gilt es nun zu hinterfragen und an der Realität zu messen.

BAföG-Anpassung: Neben der richtigen Forderung nach einer grundlegenden Reform der Studienfinanzierung stellt sich für uns die Herausforderung, baldmöglichst eine kurzfristige BAföG-Novelle durchzusetzen. Diese soll insbesondere dem sich aus den zweistufigen Studiengängen ergebenden Anpassungsbedarf nachkommen.

Bundesweiter Bildungsstreik: Anknüpfend an den großen Erfolg des bundesweiten Schulstreiks im November 2008, werden wir uns dafür einsetzen, dass ein breites Bündnis für einen bundesweiten Bildungsstreik im kommenden Frühsommer aufgebaut wird. Ziel ist es, dass nicht nur Schülerinnen und Schüler, sondern auch Studierende, Auszubildende und weitere Betroffene auf die Straße gehen.

Aufgrund der guten Resonanz der Konferenz werden wir im April und Mai 2009 mehrere regionale Studierendenkonferenzen organisieren, damit mehr Interessierte teilnehmen können. Auf diesen Konferenzen werden wir aktuelle und länderspezifische Entwicklungen in der Hochschulpolitik und die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf Hochschule und Studium diskutieren. Die regionalen Studierendenkonferenzen sollen auch dazu dienen, mit linken WissenschaftlerInnen und BündnispartnerInnen aus SchülerInnenvertretungen und Gewerkschaften den geplanten Bildungsstreik bekannt zu machen, breit zu verankern und sich regional zu vernetzen. Zudem werden wir die Ergebnisse unseres Gutachtens zu Studiengebühren präsentieren. Alle Leserinnen und Leser dieses Readers sind herzlich zu den Studierendenkonferenzen 2009 eingeladen.

Mehr Infos gibt es unter www.linksfraktion.de

Anhang

Liste parlamentarischer Initiativen (Auswahl) der Fraktion DIE LINKE in der 16. Wahlperiode des Bundestages zu den Themenbereichen der Studierendenkonferenz

Die Dokumente können sowohl auf der Homepage der Fraktion www.linksfraktion.de abgerufen werden, als auch anhand der Drucksachenummer unter www.bundestag.de.

Bachelor/Master, Bologna-Prozess

18.07.2008 - Kleine Anfrage - Drucksache 16/10014

Bologna-Tauglichkeit des Bundesausbildungsförderungsgesetzes

Durch die Umstellung des Studiums auf Bachelor/Masterstudiengänge in Deutschland ergibt sich Anpassungsbedarf beim Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). DIE LINKE erkundigt sich mit dieser Kleinen Anfrage, ob die Bundesregierung diesem Anpassungsbedarf bisher ausreichend nachgekommen ist.

14.06.2007 - Kleine Anfrage - Drucksache 16/05692

Mögliche Zunahme von Praktika im Anschluss an Bachelor-Studiengänge

Der parlamentarische Staatssekretär erklärte in einer Anhörung zu Praktika, dass die neuen BA-Studiengänge dazu führten, dass Praktika nach dem Studium zu absolvieren sein, da das Studium zu dicht gedrängt sei. Dies steht im Widerspruch zu den Bologna-Zielen und den bisherigen Äußerungen der Bundesregierung. In der Kleinen Anfrage werden des Weiteren die Ergebnisse einer HIS-Umfrage und eine Untersuchung an der Humboldt-Universität Berlin zur Studierbarkeit thematisiert.

10.05.2007 - Antrag - Drucksache 16/05246

Für einen sozialen Europäischen Hochschulraum

Mit dem Antrag fordern wir, dass die Umsetzung der Verpflichtungen des UN-Sozialpaktes - insbesondere die Sicherstellung eines gebührenfreien Hochschulzuges - zur Voraussetzung für die weitere Teilnahme am Bologna-Prozess werden. Auf diese Weise unterstützen wir unsere Forderung nach einem sozialen Europa auch im Hochschulbereich.

19.04.2007 - Kleine Anfrage - Drucksache 16/05039

Weiterentwicklung des Akkreditierungssystems für Studiengänge

Die aktuelle Debatte um die Weiterentwicklung der Qualitätssicherung für Studiengänge findet weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Die Konsequenzen des geplanten Wegfalls des Hochschulrahmengesetzes für diesen Bereich sind ungeklärt, ebenso unklar ist die Rolle, die der Bund nach der Föderalismusreform in diesem Bereich einnimmt. Hierauf wollen wir aufmerksam machen und in Erfahrung bringen, welche Perspektiven die Bundesregierung verfolgt.

11.12.2006 - Kleine Anfrage - Drucksache 16/03784

Statistische Daten zur Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen

Die neu vorgelegten statistischen Daten zur Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen sind alarmierend: deutliche Zunahme an Zulassungsbeschränkungen, Rückgang der Studienanfängerzahlen und fehlende Akkreditierung. Mit der Kleinen Anfrage erkundigen wir uns bei der Bundesregierung nach einer Stellungnahme zu diesen Problemen.

Hochschulrahmengesetz/ Hochschulpakt/ Exzellenzinitiative/ Föderalismus

09.07.2008 - Antrag - Drucksache 16/9808

Bildungsgipfel nutzen - Bessere Bildung für alle - Bildung als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern

Bildung soll als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern finanziert werden, Fehlentwicklungen der Föderalismusreform rückgängig gemacht werden. Gebührenfreiheit von Kindertagesstätten bis zur Hochschule, Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems, Einführung der Gemeinschaftsschule sowie Lernmittelfreiheit.

05.05.2008 - Kleine Anfrage - Drucksache 16/9036

Vorläufige Bilanz des Hochschulpaktes 2020

Mit dem Hochschulpakt haben Bund und Länder im September 2007 die Einrichtung von über 90.000 neuen Studienplätzen und die Forschungsförderung durch die Einführung von Programmpauschalen vereinbart. Der Hochschulpakt wurde von vielen Verbänden als bei weitem nicht ausreichend kritisiert. Wir fragen die Bundesregierung - auch vor dem Hintergrund der laufenden Debatte um einen Hochschulpakt II - nach einer vorläufigen Bilanz des Hochschulpaktes.

**23.01.2008 - Kleine Anfrage -
Drucksache 16/7803**

Neuordnung der Hochschulzulassung

Über eine Umstrukturierung der ZVS und eine Neufassung des Kapazitätsrechts wird von Bund und Ländern eine umfassende Neuordnung der Hochschulzulassung angestrebt, die nach jetzigem Stand der Debatte das Grundrecht auf Hochschulzulassung empfindlich beeinträchtigen wird und einen deutlichen Abbau der Studienplatzkapazitäten zur Folge haben könnte. Die Diskussion läuft im Wesentlichen hinter verschlossenen Türen. Mit der KA wollen wir Informationen erhalten und zugänglich machen.

**12.12.2007 - Kleine Anfrage -
Drucksache 16/7420**

Konsequenzen der Bundesregierung aus den Stellungnahmen und Positionierungen zum Gesetzesentwurf zur Aufhebung des HRG

Mit der Kleinen Anfrage fordern wir die Bundesregierung dazu auf, zu den zentralen Kritikpunkten bei der Aufhebung des Hochschulrahmengesetzes Stellung zu beziehen.

**14.11.2007 - Kleine Anfrage -
Drucksache 16/6912**

Haltung der Bundesregierung zum Stand der Exzellenzinitiative

Mit der Kleinen Anfrage fordern wir die Bundesregierung dazu auf, zu unseren zentralen Konfliktpunkten bei der Exzellenzinitiative Stellung zu nehmen.

**08.03.2007 - Antrag -
Drucksache 16/4626**

Hochschulrahmengesetz beibehalten

Die LINKE will einen Bundeseinheitlichen Rahmen für die Hochschulen sicherstellen, eine weitere Deregulierung lehnt sie ab.

**Studienfinanzierung/Studienkredite/
Studiengebühren**

**09.04.2008 - Antrag -
Drucksache 16/8741**

Studienfinanzierung ausbauen - soziale Hürden abbauen!

DIE LINKE ist gegen Studiengebühren und für eine Studienfinanzierung in öffentlicher Verantwortung. Der Antrag wendet sich grundsätzlich gegen Studiengebühren und fordert den Ausbau des BAföG statt eines Stipendiensystems, wie dies die FDP vorschlägt. Des Weiteren fordern wir Korrekturen am BAföG und grundsätzliche Erweiterungen wie etwa die Umstellung auf eine Vollförderung und den Wegfall der diskriminierenden Altersgrenze.

**18.07.2008 - Kleine Anfrage -
Drucksache 16/10014**

Bologna-Tauglichkeit des Bundesausbildungsförderungsgesetzes

Durch die Umstellung des Studiums auf Bachelor/Masterstudiengänge in Deutschland ergibt sich Anpassungsbedarf beim Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). DIE LINKE erkundigt sich mit dieser Kleinen Anfrage, ob die Bundesregierung diesem Anpassungsbedarf bisher ausreichend nachgekommen ist.

**21.01.2008 - Kleine Anfrage -
Drucksache 16/7715**

Bilanz des KfW-Studienkreditprogramms 2007

Mit der Kleinen Anfrage erkundigen wir uns nach individuellen Problemen und Risiken der Studienkredite für Studierende. Politisch hinterfragen wir, warum auf Studienkredite gesetzt wird, anstatt eine bedarfsdeckende Studienfinanzierung sicherzustellen und inwieweit durch die Studienkredite die Finanzierung der in vielen Bundesländern eingeführten allgemeinen Studiengebühren erfolgt.

**22.06.2007 - Gesetzesentwurf -
Drucksache 16/5808**

Entwurf eines 22. Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (22. BAföGÄndG)

In den Bedarf des BAföG werden evtl. zu entrichtende Studiengebühren mit aufgenommen. Für die Finanzierung dieses zusätzlichen Bedarfes sind die Länder verantwortlich, in denen sich die besuchte Hochschule befindet.

**09.07.2007 - Kleine Anfrage -
Drucksache 16/06054**

Konsequenzen der Bundesregierung aus den Ergebnissen der 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes

Wir fragen die Bundesregierung, wie sie mit den Erkenntnissen aus der 18. Sozialerhebung des Studentenwerkes umzugehen gedenkt und welche politischen Schlussfolgerungen daraus v.a. im Hinblick auf Studienbeteiligung und Studienfinanzierung gezogen werden sollen.

**08.03.2007 - Kleine Anfrage -
Drucksache 16/04661**

Soziale Zusammensetzung von Stipendiatinnen und Stipendiaten der Begabtenförderungswerke

Die Bundesregierung nimmt durch ihre Förderrichtlinien auf die Vergabepaxis der Stipendien von Stiftungen Einfluss. Wir möchten in Erfahrung bringen, wie sich die soziale Zusammensetzung der Stipendiatinnen und Stipendiaten der unterschiedlichen Studienstiftungen gestaltet.

**21.02.2007 – Kleine Anfrage –
Drucksache 16/04369**

Änderungen bei Leistungen der Bundesausbildungsförderung bei Auslandsaufenthalten

Wir erkundigen uns nach den von der Bundesregierung vorgesehenen Änderungen beim Auslands-BAföG. Durch die geplanten Einschränkungen bei der Förderung befürchten wir, dass Studierende aus einkommensschwachen Schichten zukünftig kaum noch Möglichkeiten haben, Auslandsaufenthalte durchzuführen. Außerdem könnte die Attraktivität des Auslandsstudiums insgesamt sinken.

**30.11.2006 – Kleine Anfrage –
Drucksache 16/03721**

Wissenskredite der KfW-Bankengruppe

Mit der Anfrage erkundigen wir uns nach den Wissenskrediten der KfW-Bankengruppe. Insbesondere möchten wir wissen, in wie weit bestimmte Personengruppen ausgeschlossen werden und welche Konsequenzen das für einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung hat.

**27.11.2006 – Kleine Anfrage –
Drucksache 16/03592**

Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes während Studium und Ausbildung

Aus den Wahlkreisen sind zahlreiche Probleme bekannt, die sich aus der Tatsache ergeben, dass ein grundsätzlicher Anspruch auf BAföG, einen Leistungsanspruch nach SGB II bis auf wenige Ausnahmen ausschließt. Hiervon sind nicht nur die SchülerInnen, Studierende und Auszubildende betroffen, sondern in vielen Fällen, die gesamte Bedarfsgemeinschaft. Ziel der KA ist es, die Bundesregierung für das Problem zu sensibilisieren und erste Lösungsvorschläge zu unterbreiten.

**08.08.2006 – Kleine Anfrage –
Drucksache 16/02374**

Gebührenfreiheit des Studiums

Mittels dieser Kleinen Anfragt möchte die Fraktion DIE LINKE. u. a. wissen, wie die Bundesregierung die Gesetzentwürfe bzw. bereits beschlossenen Gesetze zur Einführung allgemeiner Studiengebühren in den Bundesländern vor dem Hintergrund der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet und der Wahrung der Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse bewertet?

**20.04.2006 – Kleine Anfrage –
Drucksache 16/01265**

Vergabe von Studienkrediten durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau

Zu Details der seit April angebotenen Studienkredite durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) erkundigt sich DIE LINKE. Es steht zu befürchten, dass durch die Kreditvergabe besonders Studierwillige

aus sozial benachteiligten Haushalten abgeschreckt werden. Wie die Bundesregierung in ihrer Antwort mitteilt, seien die KfW-Studienkredite ohne ihre Einbeziehung und ohne staatliche Ausfallhaftung konzipiert. Eine Evaluierung des Studienkreditprogramms sei nicht beabsichtigt.

Kritische Wissenschaft

**23.07.2007 - Kleine Anfrage -
Drucksache 16/6128**

Haltung der Bundesregierung zur gegenwärtigen und früheren Berufsverbotepraxis

Für erhebliches Aufsehen sorgte in den letzten Jahren das Berufsverbot gegen einen Lehramtsanwärter in Baden-Württemberg. Ihm wurde die Übernahme in den Schuldienst mit dem Hinweis auf sein antifaschistisches Engagement verwehrt. Letztinstanzlich erhielt er nun Recht: Sein Berufsverbot ist unbegründet. Die Kleine Anfrage erkundigt sich nach den Konsequenzen der Bundesregierung aus dem Urteil.

**04.07.2007 – Entschließungsantrag –
Drucksache 16/05944**

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft

Wir bieten Ansätze, um den Schutz des geistigen Eigentums zu gewährleisten und zugleich dem öffentlichen Interesse an freiem Zugang zu Bildung, Wissen und Kultur besser Rechnung zu tragen. Das bildungs- und wissenschaftsfreundliche Urheberrecht räumt dem Recht auf Bildung und der Informations- und Wissenschaftsfreiheit Vorrang vor der kommerziellen Verwertung ein. Mit einer durchsetzungsfesten Privatkopie und Bagatellklausel bekämpfen wir die Kriminalisierung der Bevölkerung.

**31.01.2007 – Antrag –
Drucksache 16/04154**

Perspektiven für Geistes- und Sozialwissenschaften verbessern

Am 25.01.2007 wird das Jahr der Geisteswissenschaften eröffnet. Das BMBF legt zudem eine neue Förderinitiative auf, die die Einrichtung von Forschungskollegs an Unis zum Ziel hat, Forscher von der Lehre freistellt und geisteswissenschaftlichen Spitzenforschung sichtbar machen soll. Zwar befürwortet DIE LINKE. das Ansinnen, dass Geistes- und Sozialwissenschaften ein höherer Stellenwert eingeräumt wird, aber die Unterfinanzierung der Lehre wird nicht beseitigt und die Einheit von Forschung und Lehre gefährdet.

Kriegsforschung/Bundeswehr

07.11.2008 - Kleine Anfrage - Drucksache 16/10773

„Bewertung der Bundesregierung zu Bildungs- und Kooperationsangeboten der Bundeswehr in Hochschulen“

Jugendoffiziere der Bundeswehr sind nicht nur an Schulen sondern auch an Hochschulen präsent. Neben Vorträgen, Podiumsdiskussionen und Exkursionen wird das interaktive Simulationsspiel Pol&IS angeboten. DIE LINKE fragt nach, mit welchem Ziel diese Angebote den Hochschulen unterbreitet werden und inwiefern auch friedenspolitische Initiativen bei der Durchführung von Bildungsangeboten unterstützt werden.

04.08.2008 - Kleine Anfrage - Drucksache 16/10062

Öffentlich geförderte wehrtechnische und bundeswehrrelevante Forschung

Jährlich erhalten Forschungseinrichtungen vom Bundesministerium für Verteidigung Zuschüsse für die Entwicklung von Rüstungstechnologien. Nachdem detaillierte Angaben bereits für Nordrhein-Westfalen vorliegen, sollen diese Informationen um das Bundesgebiet erweitert werden.

02.05.2008 - Kleine Anfrage - Drucksache 16/9005

Militärisch gelenkte Öffentlichkeit durch Natochannel.tv und Bundeswehr TV

NATO und Bundeswehr betreiben jeweils eigene TV-Kanäle. Während Natochannel-TV als reines Propagandafernsehen anzusehen ist, das insbesondere die zivilen Aufbauleistungen der NATO in Afghanistan herausstellen will, handelt es sich bei Bundeswehr-TV um einen verschlüsselt über Satellit ausgestrahlten Sender, der sich vorrangig an die Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz richtet. Die KA will die Hintergründe dieser Formen von militärisch gelenkter Öffentlichkeit aufhellen.

Prekäre Beschäftigung

29.02.2008 - Kleine Anfrage - Drucksache 16/8269

Auswirkungen des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes auf die Befristung von Arbeitsverträgen an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen

Evaluation des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes und dessen Auswirkungen auf die Beschäftigten an Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Außerdem soll die Kleine Anfrage Zahlen zu befristeter Beschäftigung und Drittmittelbeschäftigung liefern.

10.10.2007 - Gesetzesentwurf - Drucksache 16/6629

Entwurf eines Achtundzwanzigsten Gesetzes zur Änderung des Berufsbildungsgesetzes

Mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf schlagen wir über eine Änderung des Berufsbildungsgesetzes eine eindeutige Definition von Praktika als Lernverhältnisse vor. Ziel ist es, den Missbrauch von Praktika zu stoppen und reguläre Praktikantinnen und Praktikanten sozial besser abzusichern. Der Antrag ergibt sich aus einem Gutachten, das im Auftrag des AK III erstellt gegeben wurde.

09.07.2008 - Antrag - Drucksache 16/09807

Befristete Arbeitsverhältnisse begrenzen, unbefristete Beschäftigung stärken

Die Ausdehnung der befristeten Beschäftigung kann begrenzt werden, wenn die zeitliche Befristung ohne Sachgrund nicht mehr zulässig ist. Der Anteil der Befristungen insbesondere bei jungen Menschen ist zu senken, um den Aufbau einer beruflichen Lebensplanung zu ermöglichen. Die Anwendung der Befristung durch die öffentliche Verwaltung muß gewissenhafter erfolgen.

09.06.2008 - Kleine Anfrage - Drucksache 16/09410

Arbeitsvermittlung in die Leiharbeit

Der Großteil der bei der Agentur für Arbeit gemeldeten offenen Stellen sind Leiharbeitsplätze. Bundesagentur und Zeitarbeitsfirmen haben eine Kooperationsvereinbarung geschlossen. Die Vermittlung in die Leiharbeit wird aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung gefördert. Wir fragen nach konkreten Zahlen und der Evaluierung dieser Praxis der Bundesagentur für Arbeit.

21.04.2008 - Kleine Anfrage - Drucksache 16/08827

Befristete Arbeitsverhältnisse im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft

Wie hoch ist der Umfang der befristeten Arbeitsverhältnisse im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft und wie hat sich der Anteil dieser Arbeitsverhältnisse im Verhältnis zu den Gesamtbeschäftigten in beiden Bereichen entwickelt. Mit der KA werden Tendenzen der Konzentration befristeter Arbeitsverhältnisse in bestimmten Bereichen des öffentlichen Dienstes und der Privatwirtschaft sowie Konzentrationen in der Altersstruktur und nach Geschlecht erfragt.

**11.10.2007 – Antrag –
Drucksache 16/06698**

Gute Arbeit - Gutes Leben.
Initiative für eine gerechte Arbeitswelt

Der Antrag fasst die Einzelinitiativen der Fraktion zur Bekämpfung prekärer Beschäftigung zusammen und bildet das parlamentarische Gegenstück zum Manifest.

**22.06.2007 – Antrag –
Drucksache 16/05809**

Soziale Sicherung verbessern, Verdrängung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung verhindern

Durch die bisher geltende Subventionierung geringfügiger Beschäftigung werden sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verdrängt, der Druck auf die Löhne erhöht und Frauen (2/3 der geringfügig Beschäftigten) auf die traditionelle Rolle der Zuverdienerin verwiesen.

**05.06.2007 – Kleine Anfrage –
Drucksache 16/05326**

Scheinselbständigkeit

DIE LINKE will erfahren, ob der Bundesregierung Zahlen über die Höhe der von Scheinselbständigkeit Betroffenen vorliegen. Weiterhin soll herausgefunden werden, in welchem Umfang durch den Rentenversicherungsträger Nachforderungen auf Versicherungsbeiträge Betroffener erhoben werden. Ziel ist es, darauf aufmerksam zu machen, dass von Scheinselbständigkeit Betroffene eine nahezu rechtlose Position einnehmen. Sie werden vom Staat nicht geschützt und sind von ihrem Auftraggeber abhängig.

**29.03.2007 – Antrag –
Drucksache 16/04909**

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schützen - unbezahltes Probearbeiten verhindern

Es soll gesetzlich festgeschrieben werden, dass jede Form der Einarbeitung oder Probearbeitszeiten als Arbeitsverhältnis gelten und somit zu einem Vergütungsanspruch führen. Immer wieder sollen Beschäftigte ohne Entlohnung zur Probe arbeiten. Wenn Betroffene versuchen, sich hiergegen juristisch zur Wehr zu setzen, wird das Vorgehen unter Berufung auf die Vertragsfreiheit für zulässig erklärt.

**20.10.2008 – Antrag –
Drucksache 16/10592**

Perspektiven für den wissenschaftlichen Mittelbau öffnen

Die Möglichkeiten für Qualifizierung und Beschäftigung von WissenschaftlerInnen müssen quantitativ ausgeweitet und qualitativ verbessert werden. Denn prekäre Arbeitsbedingungen und mangelnde Selbständigkeit des Nachwuchses weiten sich aus. Bund und Länder müssen im Rahmen eines Hochschulpakt

II institutionelle Mittel für Hochschulen entsprechend deutlich erhöhen und eine neue Personalkategorie soll den Beruf des dauerhaft angestellten Wissenschaftlers neben der Professur ermöglichen.

**11.12.2006 – Kleine Anfrage –
Drucksache 16/03785**

Praktika in den Bundesministerien und im Bundeskanzleramt

Uns liegen bisher keine umfassenden Informationen darüber vor, ob Praktika im Bundeskanzleramt und in den Bundesministerien vergütet werden, in wie weit sie befristet sind und wie die Betreuung erfolgt. Da wir der Auffassung sind, dass die Bundesregierung bei ihren Praktika-Angeboten eine Vorbildfunktion wahrnehmen muss, wollen wir den derzeitigen Stand in Erfahrung bringen.

**08.11.2006 – Antrag –
Drucksache 16/03349**

Praktika gesetzlich regeln

Es ist nicht länger hinnehmbar, dass Absolventinnen und Absolventen beruflicher und hochschulischer Ausbildungen mehrere Jahre praktisch ohne Vergütung und arbeitsrechtliche Vorschriften ausgebeutet werden. Durch die prekären Verhältnisse dieser angeblichen Praktikantinnen und Praktikanten wird Druck auf die übrige Belegschaft ausgeübt, reguläre Arbeitsplätze fallen zunehmend weg.

Geschlechtergerechtigkeit

**09.04.2008 - Antrag -
Drucksache 16/8742**

Gleichstellung in der Wissenschaft durch Modernisierung der Nachwuchsförderung und der Beschäftigungsverhältnisse herstellen

DIE LINKE will nicht Symptome sondern Ursachen der niedrigen Beteiligung von Frauen in Wissenschaft und Forschung angehen. Diese finden sich zuerst in unsicheren Karriereperspektiven auf Grund veralteter Personalstrukturen und Förderstrukturen für den wissenschaftlichen Nachwuchs. DIE LINKE fordert endlich spezifische Tarifregelungen für den Wissenschaftsbeereich, eine transparente Nachwuchsförderung und ein neues Hochschulwissenschaftsprogramm (HWP) zur Förderung der Gleichstellung.

**07.03.2008 - Antrag -
Drucksache 16/8373**

Internationaler Frauentag muss gesetzlicher Feiertag werden

Angesichts der fortbestehenden Gleichberechtigungsdefizite ist es von besonderer symbolischer Bedeutung den 8. März zum gesetzlichen Feiertag für Frauenrechte zu erklären.

**06.06.2008 – Antrag –
Drucksache 16/09486**

Gleichstellung der Geschlechter
in der Privatwirtschaft durch
wirksame gesetzliche Regelungen fördern

Die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft ist noch lange nicht vollzogen. Es existieren nach wie vor diskriminierende Grundmuster zu Lasten von Frauen, Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung sind die Ausnahme. Die Bundesregierung soll ihrem grundgesetzlichen Auftrag nun endlich durch wirksame gesetzliche Regelungen nachkommen.

**14.12.2007 – Antrag –
Drucksache 16/07482**

Arbeit familienfreundlich gestalten -
Vereinbarkeit von Familie und Beruf für
Mütter und Väter lebbar machen

Um Vereinbarkeit von Familie und Beruf für alle Eltern zu schaffen, muss sich die Arbeitswelt ändern. Der zeitlich allseits verfügbare und mobile Arbeitnehmer ohne Familienpflichten darf nicht länger Maßstab unternehmerischer Politik sein. Notwendig ist die Stärkung der Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit Kindern (Kündigungsschutz, Arbeitszeiten, Überstunden)

**14.11.2007 – Kleine Anfrage –
Drucksache 16/06911**

Maßnahmen zum Abbau des Lohngefälles
zwischen Frauen und Männern

Wie stellt sich die Bundesregierung zu der nach wie vor bestehenden Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen und was gedenkt sie dagegen zu unternehmen? Welche Maßnahmen und Reformen wurden durch die Bundesregierung eingeleitet, um die Chancen - und Entgeltgleichheit auf dem Arbeitsmarkt voranzubringen?

**17.01.2007 – Entschließungsantrag –
Drucksache 16/04079**

Entschließungsantrag zum Gesetzentwurf zur
Änderung arbeitsrechtlicher Vorschriften in der
Wissenschaft - Wissenschaftszeitgesetz

Die LINKE will attraktive, dauerhafte, familienfreundliche Beschäftigungsverhältnisse in der Wissenschaft, die einem brain drain entgegenwirken. Keine Option für ein Heuern und Feuern und die Ausweitung der Befristung der Arbeitsverhältnisse in Wissenschaft und Forschung, wie dies durch das WissZeitVG möglich wird.

**02.11.2006 – Kleine Anfrage –
Drucksache 16/03237**

Gleichstellungspolitische Maßnahmen und Förderprogramme für Frauen an Hochschulen und in der Forschung

DIE LINKE. fragt nach aktuellen und geplanten gleichstellungspolitischen Aktivitäten der Bundesregierung

im Hochschulbereich. Zudem wird die Bundesregierung nach ihrer Einschätzung zu den geschlechtsspezifischen Auswirkungen der derzeitigen hochschulpolitischen Entwicklungen befragt.

Datenschutz

**16.09.2008 – Kleine Anfrage –
Drucksache 16/10217**

Illegaler Datenhandel

Vor den Hintergrund zahlreicher Datenschutzskandale über die seit August 2008 in den Medien und der Öffentlichkeit unterschiedliche Berichte über den illegalen Handel mit persönlichen Daten von Millionen von Bundesbürgern kursieren, fragt DIE LINKE bei der Bundesregierung den Umfang und die bereits eingeleiteten Maßnahmen ab und fordert u.a. eine Einschätzung und Darlegung der Vorwürfe, dass auch staatliche Stellen am illegalen Datenhandel beteiligt sein sollen, ein.

**30.01.2008 – Kleine Anfrage –
Drucksache 16/07812**

Onlinedurchsuchungen durch den Verfassungsschutz

DIE LINKE hinterfragt einen Bericht des Nachrichtenmagazins »Focus«, wonach das Bundesamt für Verfassungsschutz eine Onlinedurchsuchung zwischen 2006 und 2007 durchgeführt haben soll.

**11.12.2007 – Kleine Anfrage –
Drucksache 16/07422**

Weitergabe von Daten eingetragener
Lebenspartnerschaften und der Datenschutz

Im Auftrag des Bundesjustizministeriums führt ein bayerisches Universitätsinstitut eine Studie zur Situation gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften durch. Dazu wurden bundesweit bei den Meldebehörden die Adressen Eingetragener Lebenspartnerschaften abgefragt - ein Vorgang, den wir angesichts anhaltender Diskriminierung Homosexueller unter Datenschutzgesichtspunkten für bedenklich halten. Möglicherweise müssen Meldegesetze oder aber das Lebenspartnerschaftsgesetz geändert werden.

**10.09.2007 – Kleine Anfrage –
Drucksache 16/06328**

Einsatz von Handy-Wanzen

Auskunft über Art und Umfang des Einsatzes von Mobiltelefonen als tragbare Wanzen zur mobilen Raumüberwachung und damit zum Abhören einer unbegrenzten Zahl von Kontakten und Gesprächsteilnehmern.

**14.06.2007 – Antrag –
Drucksache 16/05680**

Keine Online-Durchsuchung

Auf das Instrument Online-Durchsuchung soll aus grundrechtlichen Erwägungen heraus gänzlich verzichtet und damit auch alle Überlegungen zur Schaffung einer Rechtsgrundlage eingestellt werden.

